

GRÜNES BÜNDNIS  
Neustadtstrasse 34  
Postfach 31  
6000 Luzern 4

RundBrief  
5/2003

Zeitschrift  
für Mitglieder  
und Interessierte



Cécile Bühlmann

## Unsere Stimme in Bern

<b>Schwerpunkt</b>	<b>2</b>	<b>Kanton</b>	<b>16</b>
Nationalratswahlen vom 19. Oktober 03: Zwei grüne Top-Listen stehen zur Auswahl.		«Fairness bei den Einbürgerungen». Zwei grüne Initiativen als Richtschnur.	
<b>Hintergrund</b>	<b>13</b>	<b>Intern</b>	<b>28</b>
«Grün gewinnt». Eine brisante Buchbe- sprechung zur Energiepolitik.		Rosa Rumi, die neue Co-Präsidentin des Grünen Bündnisses im Gespräch.	

National- und Ständeratswahlen vom 19. Okt. 2003

## Stell dir vor, es ist Wahlkampf ...

Rosa Rumi und Roni Vonmoos, Co-Präsidium Grünes Bündnis Luzern

Stell dir vor, es ist Wahlkampf und alle interessieren sich! Aber klar – bei unseren RundBrief-LeserInnen ist das keine Frage. Während in den Medien Wahlkampfbeiträge langsam anlaufen, herrscht hinter den Kulissen schon heftiges Treiben. Denken wir nur an unsere Wahlgruppe und an das Sekretariat. Hier wird seit geraumer Zeit intensiv und kreativ an einer attraktiven Kampagne gearbeitet, damit unsere politischen Botschaften einmal mehr möglichst breit an die Öffentlichkeit gelangen.

Dafür stehen auch und in erster Linie unsere Kandidatinnen und Kandidaten. Wir präsentieren zwei Top-Listen mit engagierten, motivierten und kompetenten KandidatInnen. Sie stehen gerade für unsere grünen Anliegen – ihnen tausendmal herzlichen Dank. Sie stellen sich mit Zivilcourage einem rauen politischen Klima, das geprägt ist von neoliberaler Gutgläubigkeit und pseudopatriotischer Arroganz.

Keine kennt dieses Klima besser als unsere Nationalrätin Cécile Bühlmann. Trotz Gegenwind bleibt sie beharrlich und kämpferisch. Cécile hat sich mit ihrem engagierten und kompetenten Einsatz als Nationalrätin schweizweit Achtung und Respekt verschafft. Ihren Sitz im Nationalrat gilt es zu verteidigen.

Unterstützen wir ihr Engagement gegen die Entsolidarisierung, für Lebensqualität in der Gesellschaft, für eine gesunde Umwelt, für soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Mann und Frau.



Es bleibt noch viel zu tun. Wahlkampf heisst für die Verantwortlichen, eine Kampagne zu führen, heisst für die KandidatInnen, sich und ihre politischen Anliegen in der Öffentlichkeit zu präsentieren, heisst für uns alle einmal mehr, uns einmischen, Diskussionen anzetteln, werben für und mit grünem Pfeffer: für unsere Anliegen, unsere KandidatInnen, unsere beiden Listen. Unter ArbeitskollegInnen, unter NachbarInnen, in LeserInnenbriefen. Und am Schluss ab an die Urne und jedeR wirft eine GANZE grüne Liste ein. Stell dir vor, es ist Wahlkampf und alle interessieren sich für Umweltanliegen, für eine gerechte menschliche Gesellschaft, für Toleranz!

National- und Ständeratswahlen vom 19. Okt. 2003

## Wieder nach Bern

Heinz Bäbler-Trinkler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Eines ist klar: Das Grüne Bündnis soll nach den Herbstwahlen wieder mit Cécile Bühlmann im Nationalrat vertreten sein. Wie wichtig die grüne Stimme in Bern war, auch in Zukunft sein wird, zeigte sich in einem Gespräch mit Cécile Bühlmann, Adrian Borgula und Andreas Schönbächler – Kandidatin und Kandidaten des GB bzw. der Jungen Grünen. In der Diskussion konzentrierten sich die TeilnehmerInnen auf drei Schwerpunkte.

Heinz Bäbler-Trinkler (HB): Ich traute kaum meinen Augen, als ich nach meiner Ferienrückkehr über den Entscheid des Bundesgerichtes betreffend Einbürgerungen las. Etwas erstaunt hat mich insbesondere die heftige ablehnende Reaktion der CVP. Wie schätzt ihr den Entscheid des Bundesgerichtes ein?

Cécile Bühlmann (CB): Selbstverständlich bin ich hochofret. Der Entscheid ist ein Meilenstein in der Geschichte der Einbürgerungspolitik. Mit dem Bundesgerichtsurteil wird nichts anderes als die Politik des Grünen Bündnisses in diesen Fragen bestätigt. Mit un-

seren beiden kantonalen Initiativen pochen wir schon lange darauf, dass es bei den Einbürgerungen rechtsstaatliche Verfahren gibt. Sehr schön, dass das Bundesgericht mit dieser Klarheit entschieden hat.

Adrian Borgula (AB): Ich möchte noch die kantonale Situation etwas genauer beleuchten. Natürlich sind wir sehr froh um den Entscheid. Bis heute haben wir damit argumentiert, dass die Gefahr der Diskriminierung und Willkür bei Urnenentscheiden viel zu gross ist. Auf kantonaler Ebene gehen wir davon aus, dass das Bürgerrechtsgesetz angepasst werden muss. Wir haben mit unseren beiden Initiativen einen guten Vorschlag auf den Tisch gelegt. Mit der Realisierung unserer Vorschläge wird ein einheitliches und faires Einbürgerungsverfahren garantiert. Schon im Frühjahr gab es eigentlich keinen Grund mehr, die Abstimmung weiter hinauszuzögern. Unser Vorschlag geht etwas weiter als der Bundesgerichtsentscheid. Ich bin überzeugt, dass wir mit unseren Initiativen einen Beitrag zur Versachlichung des Themas leisten. Im Zusammenhang mit den Fragen und Problemen bei der Gesetzgebung Ausländerfragen ist die Sache der Einbürgerungen eine von vielen Fragen.

Andreas Schönbächler (AS): Natürlich habe ich mich ebenfalls über den Bundesgerichtsentscheid gefreut, bin aber über die vielen und auch heftigen negativen Reaktionen erschrocken. Die CVP hat ja im Zusammenhang mit dem Gerichtsentscheid relativ schnell vom Abschaffen der Demokratie gesprochen. Sonst kenne ich solche Reaktionen eher von rechts aussen.

CB: Wichtig ist, dass bei den Einbürgerungsentscheiden nicht sachfremde Argumente eine Rolle spielen. Darum gehören diese Entscheide nicht an die Urne. Bei Urnenentscheiden besteht immer die Möglichkeit, Ressentiments spielen zu lassen. Urnenentscheide müssen auch nicht begründet werden. Hier füllen unsere Initiativen eine Lücke: Die Entscheidungsbehörde muss den Entscheid begründen.



AB: Was wir ja grundsätzlich fordern ist, dass genügend Informationen zur Verfügung stehen, damit ein sachlich begründeter Entscheid gefällt werden kann. Das ist an einer Gemeindeversammlung nicht möglich.

CB: ... und darf auch nicht möglich sein ...



AS: ... auch schon aus Datenschutzgründen.

HB: *Die meisten von uns haben den heissen Sommer genossen. Oft habe ich jedoch an die hohen Ozonwerte gedacht, selbst wenn die Meldungen vom Überschreiten der Grenzwerte eher versteckt erschienen sind.*

AB: Eigentlich geniesse ich die Wärme und die schönen Abende. Doch ich habe auch ein mulmiges Gefühl. Zum ersten Mal habe ich ein Augenbrennen gespürt. Ich ärgere mich masslos darüber, wie mit den Grenzwerten umgegangen wird. Natürlich kann man über Grenzwerte diskutieren. In der Regel sind sie zu hoch angesetzt. Doch was mich daran stört, ist, dass so getan wird, als ob das kein Problem wäre. Bis heute haben die dauernden Überschreitungen der Grenzwerte keine Konsequenzen. In der Umweltpolitik ist unser Energieverbrauch der entscheidende Faktor. Langfristig betrachtet müssen wir 3- bis 5-mal weniger Energie konsumieren. Wir müssen mit unseren Ressourcen viel sorgfältiger umgehen, als dies heute der Fall ist. Wir in der Schweiz haben dazu die technischen wie auch finanziellen Möglichkeiten. Hier muss unbedingt etwas geschehen. Wenn wir nicht bald mehr Massnahmen ergreifen, werden wir die Kyoto-Ziele nicht erreichen. Und diese sind nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

AS: Ich frage mich immer wieder, wie lange es braucht, bis wir unser Verhalten ändern. Oft spüren wir an kleinen Sachen, dass sich etwas ändert. In der Regel führen wir die Wetter-

ereignisse auf die Klimaveränderungen zurück.

AB: Was zurzeit in der Verkehrspolitik abläuft, ist unglaublich. Heute werden wieder Strassen(ausbau)projekte diskutiert, die seit längerer Zeit nicht einmal mehr in Planungsberichten erwähnt wurden. Ich denke hier an den Südzubringer. Heute wird dieses Projekt Südspange genannt. Der Südzubringer steht im Planungsbericht seit kurzem auf Stufe 1 der Prioritätenliste ...

AS: Das Verrückte ist, dass solche Vorschläge – wie z. B. auch eine zweite Gotthardröhre – in grossen Teilen der Bevölkerung auf Unterstützung stossen, vielleicht sogar mehrheitsfähig werden. Zwar machen sich die Menschen Sorgen wegen des Klimas, wegen «rutschenden» Bergen – doch wird kein Zusammenhang zwischen Strassenausbau und den zunehmenden Klimaproblemen gesehen.

CB: Das ist wirklich verrückt! Heute wird eine zweite Gotthardröhre für Autos und Lastwagen gefordert. Dabei wurde mit dem Bau der NEAT – vom Volk in einer Abstimmung genehmigt – noch nicht einmal richtig begonnen. Es ist absurd, wenn die zweite Gotthardröhre gebaut wird, bevor man Erfahrungen mit der NEAT hat! Die Lastwagenchauffeure werden doch nicht auf die NEAT umsteigen, wenn eine zweite Gotthardröhre für sie zur Verfügung steht. Wozu bauen wir denn überhaupt noch die milliardenteure NEAT?



HB: *Heute lesen wir oft von der Überalterung der Gesellschaft. Der Begriff Überalterung wird besonders im Zusammenhang mit der Finanzierung der ersten und zweiten Säule verwendet. Alt werden erscheint so als etwas Negatives. Hier gefällt mir der Begriff der langlebigen Gesellschaft besser.*

**CB:** Die Rentenhysterie, die ausgelöst wurde, hat nur ein Ziel: die Kürzung der Leistungen. Was uns in diesem Zusammenhang alles erzählt und vorgerechnet wird, ist kaum zu fassen. Auch sollten wir auf die Sprache achten: Überalterung, das bedeutet doch: Alles, was über einer bestimmten Limite ist, ist überflüssig



sig und kann eliminiert werden, ist eben zu viel. Im Zusammenhang mit den nächsten AHV-Revisionsdiskussionen bin ich pessimistisch. Eine mögliche Pensionierung ab 62 (und zwar ohne Einbussen bei den Renten), dafür kein fixiertes oberes Pensionierungsalter – solche und ähnliche sinnvolle Postulate sind zurzeit chancenlos. Mit dem erwähnten Vorschlag sollten gerade Menschen mit tieferen Einkommen der Pensionierung mit Ruhe entgegensehen können. Das AHV-Alter hinaufsetzen ist völlig absurd. Anstehende Probleme bei der Finanzierung unserer Altersvorsorge sind lösbar. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unsere Initiativen, mit welchen wir auf der einen Seite das flexible Pensionierungsalter ab 62 forderten und zwecks Finanzierung der AHV eine Energiesteuer vorgeschlagen haben. Dies ist ein guter und sinnvoller Ansatz. Bis heute habe ich noch keinen besseren Vorschlag gesehen. Ich bin überzeugt, die Energiesteuer wird früher oder später eingeführt werden. Was mich schon längere Zeit sehr stark beunruhigt: Wir haben in sozialen wie auch ökologischen Fragen einen «Backlash». Eigentlich wissen wir heute alles und könnten entsprechend handeln. Oft passiert genau das Gegenteil von dem, was eigentlich notwendig wäre.

**AB:** Junge und Alte – die heute übliche Politik ist es, die Leistungen des Staates schlecht zu machen. Dann sagt man einfach, es sei nicht finanzierbar. Erklärt, die Alten belasten unsere Budgets ... Das sind doch Behauptungen, die nicht zu beweisen sind.

**AS:** Ich habe das Gefühl, dass heute wieder kurzfristiger und systemkonformer gedacht wird als vor zehn oder zwölf Jahren. Heute wird weder in räumlichen noch zeitlichen Zusammenhängen gedacht. Das System des Kapitalismus wird überhaupt nicht mehr in Frage gestellt. Ich denke, hier spielt der Wegfall der System-Konkurrenz eine grosse Rolle. Langfristige Ansätze in der Politik sind heute nicht populär.

**AB:** Warum heute nur noch kurzfristig gedacht wird, ist eine spannende Frage. Wir wissen heute sehr vieles, doch wir handeln nicht danach. Ein Phänomen ist sicher die heutige Komplexität und Schnelligkeit. Es nicht einfach, sich in den vielen einzelnen separierten Bereichen, die immer mehr auseinanderfallen, zurechtzufinden. Einen Computer oder selbst ein Velo gründlich zu verstehen, ist heute viel komplizierter als noch vor zwanzig Jahren.

**AS:** Man kommt auch nicht dazu, den Fortschritt zu hinterfragen.

### Überparteiliche Komitees

Für Cécile Bühlmann und Adrian Borgula gibt es zwei überparteiliche Komitees. Selbstverständlich sind auch Mitglieder des Grünen Bündnisses eingeladen, sich in diesen Komitees mit Namen und Spenden zu engagieren.

Postcheck-Konto Cécile Bühlmann: 60-617102-6  
Postcheck-Konto Adrian Borgula: 60-795933-6

**CB:** Ich denke auch an das riesige Konsum- und Unterhaltungsangebot, welches wir heute haben. Wir kommen vor lauter Ablenkung kaum mehr zum Nachdenken.

**HB:** Ich danke euch für das Gespräch.

## 80 Jahre MV Luzern

### «Für das Recht der Mieterinnen und Mieter»

Werden Sie Mitglied und lassen Sie sich beraten!

**MV** ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern  
Mythenstrasse 2, 6003 Luzern  
Telefon 041 220 10 22, Fax 041 220 10 21  
[www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)

Legislaturbilanz 1999–2003

# Ökologische und solidarische Anliegen

Cécile Bühlmann, Fraktionspräsidentin, Luzern

Die Anliegen der Grünen Fraktion hatten in der Legislatur 1999–2003 einen schweren Stand. Der Nationalrat steht am Ende der laufenden Legislatur so weit rechts wie schon lange nicht mehr. Das gemeinsame Credo der bürgerlichen Seite lautet: sparen, sparen und noch einmal sparen. So gerieten ökologische und soziale Anliegen massiv unter Druck, und statt in die Zukunft weisende Beschlüsse zu fassen, legte das Parlament den Rückwärtsgang ein. Lichtblicke gab es wenige.

## Heftige Auseinandersetzungen mit den Staatsabbauern

Vordergründig wird von den bürgerlichen Parteien behauptet, es gehe um die Sanierung der Bundesfinanzen. Aber das Ziel der bürgerlichen Sparpolitik ist klar: Der Staat soll nicht nur schlank, sondern mager werden! Die Saat, welche die FDP mit dem Slogan «Mehr Freiheit – weniger Staat» einst säte, geht auf und wird von der SVP, sekundiert von Teilen der CVP, bis zur bitteren Neige geerntet. In den letzten Monaten übertrumpften sich die bürgerlichen Politiker in ihrer Sparwut laufend. Ein Sparprogramm jagt das andere. Neuerdings wird diesem Abbauprogramm der beschönigende Titel Entlastungsprogramm gegeben, aber es entlastet die Betroffenen nicht, es belastet sie vielmehr. Gespart werden soll bei den Leistungen im öffentlichen Verkehr, beim Programm Energie Schweiz zur Erforschung alternativer Energien, bei der AHV, bei der Betreuung von Asylsuchenden und bei der Bildung. Das erste sog. Entlastungsprogramm des Bundesrates sah Ausgabenkürzungen von 1,6 Mia. Franken vor. Dann erhöhte der Bundesrat sein Sparprogramm auf 3,5 Mia. Franken. Und als bisher letzten Coup beschloss der Nationalrat in der Frühlingssession 2003 eine Sparübung von 7 Mia. Franken!

Die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats hat in der letzten Legislatur ihren Kurs knallhart auf Abbau und Entsolidarisierung ausgerichtet. Nicht die Lebensqualität und ein guter Service public waren Richtschnur für die Politik der Mehrheit im Nationalrat, sondern der Staatsabbau und die Steuerprivilegien für gut Verdienende und Unternehmer. So gesehen

treiben die Abzocker in den Wirtschaftsetagen nur das auf die Spitze, was ihnen ihre nahe stehenden bürgerlichen Vertreter im Parlament vormachen. Es ist die gleiche Mentalität: wer hat, dem wird gegeben! Diese Medaille hat natürlich ihre unsoziale Kehrseite. So leben in der reichen Schweiz über eine halbe Million Menschen unterhalb des Existenzminimums! Für die Anliegen dieser Leute hatte die bürgerliche Mehrheit kein Gehör. Im Gegenteil – die Bezugsdauer für Taggelder für Erwerbslose wird gekürzt, die Franchisen der Krankenkassen sollen erhöht werden. Lichtblicke sind einzig die Gelder, die für ausserhäusliche Kinderbetreuung gesprochen wurden, und die Mini-Mutterschaftsversicherung, die nun doch noch – endlich – kommen soll.

## Die Grüne Fraktion als Anwältin der Umwelt

Im Umweltbereich fuhr die bürgerliche Mehrheit, trotz Klimawandel und ökologischen Warnsignalen zuhaufl, einen konsequent umweltfeindlichen Kurs. So beschloss der Nationalrat einen Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative, der noch mehr Strassen bringt als die Initiative selber. Die Finanzierung soll über einen Strassenbaufonds sichergestellt werden, gespiessen aus der immer munter sprudelnden Quelle der Treibstoffgelder und Vignettenerträge. Und das alles am normalen Staatshaushalt vorbei und ohne von Schuldenbremse und Sparprogrammen betroffen zu werden! In diesem Bereich ist Sparen für die Bürgerlichen tabu.

Statt des Ausstiegs aus der gefährlichen Atomenergie beschloss das Parlament, den Kantonen bei der Lagerung von Atommüll die Mitsprache wegzunehmen! In der Gentechnologie und bei der Stammzellenforschung gelang es uns durch die Forderung nach strengen Auflagen, wenigstens etwas Sand ins Getriebe der blinden Fortschrittsgläubigen zu streuen. Und das Moratorium gegen den Abbau und die Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen in der Landwirtschaft werden wir halt mit der Unterstützung der Bevölkerung durchsetzen, nachdem sich das Parlament geweigert hat, ein Moratorium im Landwirtschaftsgesetz zu verankern.



Die Swiss und die Expo.02 haben uns während der ganzen Legislatur beschäftigt. Da waren wir die konsequente warnende linksgrüne Stimme, die gegen den Einsatz von Steuermitteln für diese Projekte Sturm lief. In diesem Kampf hatten wir sogar unsere traditionelle Verbündete, die SP, gegen uns.

### Unbeirrtes Engagement für die Rechte der MigrantInnen

Im Bereich der Migrationspolitik stellen wir eine eigentliche Repressionseskalation fest. Das ist das Resultat der Hetzkampagnen der SVP, die die ganze ausländische Bevölkerung permanent unter Missbrauchs- und Sozialschmarotzer-Verdacht stellt. Statt diesem diffamierenden Zerrbild ein realistisches Bild der Eingewanderten als wichtige und nötige Teile der Bevölkerung der Schweiz entgegenzustellen, kuschelt die Mitte oder läuft der SVP nach. Wir Grünen haben uns konsequent und unbeirrt für die Rechte der Eingewanderten, ganz speziell für die der Sans-Papiers, eingesetzt. Das tun wir, weil wir überzeugt sind, dass Menschenrechte unteilbar sind und dass sich die Qualität einer Demokratie daran misst, wie sie mit ihren Minderheiten und mit Menschen am Rand der Gesellschaft umgeht. So steht es in der Präambel der Bundesverfassung. Daraus leitet sich unser Einsatz gegen Ausgrenzung, Rechtsextremismus und Rassismus ab. Genau so wichtig für die Demokratie ist der Kampf gegen Machtmissbrauch und Filz. Die grüne Fraktion hat sich während der ganzen Legislatur konsequent gegen Korruption und für Transparenz engagiert.

### Die Grüne Fraktion – die Stimme für Frieden und weltweite Gerechtigkeit

Aussenpolitisch gibt es einen Erfolg – den UNO-Beitritt – zu verzeichnen, den wir engagiert miterstritten haben. Leider war die vergangene Legislatur in Bezug auf eine Annäherung an die EU ziemlich verlorene Zeit.

Wir Grünen haben uns stark gegen die Exzesse der Globalisierung gewehrt und mit der Präsenz an den Sozialforen und auf Wahlbeobachtungs- und Friedensmissionen unsere Solidarität mit den Ärmsten dieser Welt persönlich bezeugt. Überhaupt hat uns die Frage des Friedens und der weltweiten Gerechtigkeit, natürlich akzentuiert durch den Irak-Krieg, sehr beschäftigt. Alle unsere Vorstösse zur WTO, zu Südafrika, zu Kosova, China, Sri Lanka, zum Nordirak und vielen weiteren Ländern sind Ausdruck dieses Engagements.

### Grüne Politik – der Beitrag für mehr Lebensqualität für alle

Wir Grünen versuchten in den vergangenen vier Jahren der Entsolidarisierungspolitik eine Alternative gegenüberzustellen: Gute Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung erfordern einen starken Staat und genügend Finanzen für den Service public. In einigen wenigen Bereichen gelang es uns (zusammen mit der SP-Fraktion und den wenigen übrig gebliebenen sozial und ökologisch denkenden Bürgerlichen), dieser Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Aber meistens stiessen wir auf Granit. Eine Verstärkung der rot-grünen Politik im neuen Parlament ab Herbst 2003 ist dringend notwendig, um den Crash-Kurs dieses Parlamentes zu stoppen. Nur wenn das gelingt, kann die Politik in diesem Land das werden, was sie sein sollte: eine vorausschauende und nachhaltige Institution zum Wohle aller hier lebenden Personen. Für eine solche Politik werden wir Grünen uns weiterhin einsetzen. Denn grüne Politik verbindet Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frau und Mann. Grüne Politik ist mehr Lebensqualität! **Es braucht uns dringender denn je!**

Demnächst im Kino.





**Oeko-Hotel  
Gruebisbalm/Rigi**

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

**Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub**  
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70  
email: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch

# ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23  
6003 Luzern  
Tel 041 210 64 41  
Mo-Fr 6.30 - 20.00  
Sa 7.00 - 18.00  
So 9.00 - ca. 17.00

R E S T A U R A N T B A R

N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

## Karin Probst, NR-Kandidatin der Jungen Grünen

# «Jugendliche sind oft Störfaktor»

Michael Töngi, RundBrief-Redaktion, Kriens

Neun junge Leute kandidieren auf der Liste der Jungen Grünen. Eine davon ist Karin Probst, die mit ihrer Kandidatur Jugendanliegen in die Öffentlichkeit tragen will.

Familie, Sport, Beruf, Einwohnerrat und jetzt eine Kandidatur für den Nationalrat: Karin Probst hat keine Mühe, all dies unter einen Hut zu bringen. «Es ist gut, dass mein Alltag aus verschiedenen Projekten zusammengesetzt ist», sagt die 27-Jährige, die auf der Liste der Jungen Grünen kandidiert. Organisieren mache ihr Spass, fügt sie bei, und es sei gut, dass immer etwas laufe. So ist es kein Wunder, dass sie kürzlich mit dem Mountainbike auch noch das Alpenbrevet machte, eine ziemlich herausfordernde Mehrpässefahrt die Alpen hoch und runter. Gestresst wirkt Karin Probst aber keineswegs, und sie selber bezeichnet sich als privilegiert: «Ich habe einen guten Background, meine Schwiegermutter hütet oft meine zwei Kinder.» Bewunderung empfindet sie eher für Alleinerziehende, die auf eine ausserfamiliäre Kinderbetreuung angewiesen sind.



### Halbinsel liegt ihr am Herzen

Karin Probst will mit ihrer Kandidatur erreichen, dass Jugendthemen mehr Gewicht erhalten. Diese hätten es besonders schwer, sagt sie und erzählt aus ihren Erfahrungen aus der Horwer Politik: «Die Jugend kommt höchstens als Störfaktor vor, etwa, weil sie auf der Horwer Halbinsel zu laut sei.» Das allerdings kann sie selber, die in einem Wohnblock am Rande der Halbinsel wohnt, nicht bestätigen. Die Horwer Halbinsel ist für sie aus einem ganz anderem Grund Anlass für politischen Ärger: Das Golfplatzprojekt der Migros ärgerte sie, und sie ist froh, dass es mittlerweile auf Eis gelegt worden ist. Ziemlich schräg findet die Familienfrau auch das Projekt einer Sprungchance auf der Halbinsel.

Seit einem Jahr sitzt Karin Probst für die L20 im Einwohnerrat, wo sie sich neben der Halbinselthematik auch schon mit der familienexternen Kinderbetreuung auseinandersetzt und sich allgemein sozialer Themen annehmen will. Dass die L20 mit ihren Ideen im ersten Anlauf häufig abblitzt, daran hat sie sich schon gewöhnt – oft würden die Vor-

schläge ja bei anderen Parteien wieder auftauchen und doch umgesetzt, aber mit dem Umgangston im Einwohnerrat hat sie mehr Mühe: «Zum Teil sind die Äusserungen ziemlich grob, die Sprache einiger Einwohnerräte passt mir nicht.»

### Gute Erfahrungen bei L20 gemacht

Weniger zwiespältig war für Karin Probst der Einstieg in die Partei. Ihr gefällt die «unverkrampfte Atmosphäre» und dass es noch «enthusiastische Leute» gibt. Allerdings ist die heutige Einwohnerrätin nicht nur deswegen bei der L20 gelandet – auch thematisch steht



ihr diese Partei am nächsten: «Früher war ich bei WWF und Greenpeace dabei», erzählt sie. Und Politik war für sie auch nichts Fremdes – sie ist damit aufgewachsen. «Meine Eltern waren schon politisch engagiert», erzählt sie. Sie seien bei der CVP gewesen. Dass ihre Tochter nun bei den Grünen politisiere, das sei kein Problem, sagt sie und ergänzt: «Wäre ich bei der SVP, so hätten sie wohl mehr Mühe damit.» Aufgewachsen sei sie in Thun, und dort sei die CVP im Gegensatz zu Luzern eher eine Mittepartei.

Wahlarithmetik

# Zuerst zählen die Parteistimmen

Peter Lerch, Grossrat, Emmenbrücke

## Wie werden die Wahlergebnisse ermittelt?

Entscheidend ist die Zahl der so genannten Parteistimmen. Eine unveränderte Liste bringt so viele Parteistimmen, wie Sitze zu besetzen sind. Bei den Nationalratswahlen also zehn. Jede Linie auf einer unveränderten Liste zählt somit als Parteistimme, auch wenn sie leer ist oder einen durchgestrichenen Namen enthält. Wird aber der Name einer Kandidatin oder eines Kandidaten einer anderen Partei auf die Liste geschrieben (panaschieren), bekommt diese Partei eine Parteistimme gutgeschrieben, die Partei der eingeworfene Liste hingegen eine weniger. Leere Zeilen auf einer freien Liste (das heisst Blankoliste ohne Partei-bezeichnung) sind wirkungslos. Wenn also zum Beispiel nur einmal Cécile Bühlmann auf eine Blankoliste geschrieben wird, gehen 90 % der Stimmen verloren.

Liste 12  
GRÜNES BÜNDNIS

Liste 17  
JUNGE GRÜNE

Aufgrund der Parteistimmenzahl werden den Parteien die Sitze zugeteilt. Die Zahl der Stim-

men pro KandidatIn ist nur für die Reihenfolge bei der Besetzung der Sitze entscheidend. So kann also eine Person gewählt werden, der/die wesentlich weniger Stimmen erhalten hat als eine nicht gewählte KandidatIn einer anderen Partei!

## Grüne Stimmen gehen verloren

Die Entkoppelung zwischen Sitzverteilung unter den Parteien und eigentlicher Wahl der KandidatInnen kann unerwünschte Folgen haben. So ist jede Panaschierstimme für eine fortschrittliche bürgerliche Kandidatur eben auch (und vor allem) eine Stimme für diese Partei. Möglicherweise geht durch diese Stimme dann der grüne Sitz verloren, ohne dass auf der anderen Seite die gewünschte Person gewählt wird! Das Grüne Bündnis hat bei den letzten Grossratswahlen (wie auch bei früheren Wahlen) mehr Stimmen auf freien Listen (Blankolisten) erhalten, als dies dem Gesamtergebnis entspricht. Somit ist das Grüne Bündnis vom Stimmkraftverlust durch freie Listen besonders stark betroffen. Bei den kommenden Nationalratswahlen wird es eng. Gemäss den Grossratsergebnissen könnte unser Sitz an die SP gehen. Diesmal gilt besonders: Jede Stimme, jede Parteistimme zählt.



WWW.HIRSCHMATT.CH

HIRSCHMATT BUCHHANDLUNG. STERNSTUNDEN FÜR SCHLAUKÖPFE.

HIRSCHMATTSTRASSE 26. 6003 LUZERN

TELEFON: 041 - 210 19 19. TELEFAX: 041 - 210 52 05. E-MAIL: HIRSCHMATT@TIC.CH



Louis Schelbert

Mitgliedschaften > ABL, LMV, Plattform Holz, Universitätsverein Luzern, Troppo, VCS, vpod, WWF

Louis Schelbert, Gewerkschaftssekretär und engagierter Grossrat, lehnt ein höheres Rentenalter ab. «Dieser Vorschlag bringt nichts: Zuerst braucht's Arbeitsplätze für jene, die heute Arbeit suchen», sagt der 50-jährige Vater dreier Kinder. Beim Abbau der Briefpostzentren oder beim Kampf für eine gute Zentralschweizer Infrastruktur hat er den Einsatz der bürgerlichen Luzerner Parlamentarier vermisst. Louis Schelbert ist es wichtig, dass auch die Randregionen gefördert werden. Ideen dazu hat er selber entwickelt – und einen Verein gegründet: Als Co-Präsident der Plattform Holz hilft er, diesen natürlichen Rohstoff zu fördern.



Cony Grünenfelder

Mitgliedschaften > GBI, Heimatschutz, LMV, VCS, Pro Natura, Überparteiliches Komitee Frauen in die Behörden

Die oft getrennten Lebenswelten zusammenbringen: Dies fordert Cony Grünenfelder (39) heraus. Für eine Mutter zweier Kleinkinder sehen die Fragen in der Politik anders aus. Als Architektin wurde ihr bewusst, dass Rahmenbedingungen demokratisch gesetzt werden müssen. Damit mehr Leute Familie und Beruf zusammenbringen können, braucht's Kinderbetreuungsplätze, vielfältige Schulmodelle und mehr Leute in Bern mit solchen Erfahrungen. Im Grossstadtrat und früher im Grossen Rat hat Cony Grünenfelder an Planungsfragen gearbeitet. Dabei lernte sie: Haushälterischer Umgang mit dem knappen Gut Boden schafft lebenswerte Siedlungen und hält Raum zum Ausgleich frei.



Cécile Bühlmann

Mitgliedschaften > Frauenkirche Zentralschweiz, Frauenzentrale Luzern, Schweizerischer Friedensrat, Erklärung von Bern, Eidg. Kommission gegen Rassismus, VCS, WWF, Greenpeace, Drogenforum Innerschweiz, Universitätsverein Luzern, vpod

Beeindruckend, die politischen Leistungen von Cécile Bühlmann! Die grüne Nationalrätin wird nicht nur geschätzt, weil sie im Nationalrat seit 12 Jahren engagiert für die Rechte von Frauen und Menschen am Rand der Gesellschaft einsteht, für eine menschliche Asylpolitik kämpft oder eine Einbürgerungspolitik fordert, die keine Willkür gegenüber den AusländerInnen mehr zulässt. Nein, die 53-jährige ehemalige Lehrerin und zukünftige Dozentin für Interkulturelle Pädagogik erhält auch viel Anerkennung für ihren Stil: Sie sagt deutlich, was sie denkt – und tut dies auch dann, wenn es nicht dem Zeitgeist entspricht. Deshalb ist klar: Die heutige Fraktionspräsidentin der Grünen gehört wieder in den Nationalrat. Dieses Jahr sowieso: Auf Cécile Bühlmann setzen die Luzerner Frauen, besonders, da Rosmarie Dormann nicht mehr kandidiert und die Gefahr besteht, dass im Nationalrat nur noch Luzerner Männer sitzen.



Ruedi Schmidig

Mitgliedschaften > LMV, VCS, IG Velo, Drogen Forum Innerschweiz, Gemeinnützige Gesellschaft, Kunstgesellschaft

Ruedi Schmidig (57) weiss nicht nur als Grossstadtrat, sondern auch als Treuhänder, dass gesunde Finanzen wichtig sind. Der Staat darf sich aber nicht auf Kosten der sozial Schwächeren sanieren. Der Grossstadtratspräsident 2002/03 ärgert sich, dass die Krankenkassenprämien ständig steigen, die Gebühren erhöht werden, Reiche aber Steuergeschenke erhalten. Und wenn diese nach Hergiswil ziehen, so zahlen sie nochmals weniger Steuern. Schluss damit, sagt der Vater dreier erwachsener Kinder und verlangt kleinere Steuerunterschiede. Zudem sollen weder Franchise noch Selbstbehalt erhöht werden, vielmehr müssen HMO-Praxen oder Hausarztmodelle gefördert werden.



Rita Blättler

Mitgliedschaften > Verein zum Schutz misshandelter Frauen, Stiftung für staatspolitische Bildung und Erziehung, FemCo, Frauenkirche Zentralschweiz, Erklärung von Bern, cfd, VCS, WWF

Gleiche Rechte für Mann und Frau sind ihr wichtig, nicht ganz zufällig arbeitet Rita Blättler als Gleichstellungsbeauftragte beim Kanton. Die Musikpädagogin definiert Gleichstellung umfassend: Sie wehrt sich gegen Diskriminierung, egal ob sie Frauen oder Männer trifft, ob der Grund in der Herkunft liegt oder in der sexuellen Orientierung. Die 44-Jährige, die mit ihrer Partnerin in Luzern wohnt, fordert mehr Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen im Süden, denn auch sie haben ein Recht auf Chancengleichheit. Rita Blättler denkt eben vernetzt – und ärgert sich über Politiker, die schwierige Probleme mit einfachen Sprüchen lösen wollen.

# Liste 12

Besuchen Sie unsere Homepage

Gaby Müller



Mitgliedschaften > LMV, Demokratische JuristInnen Schweiz, VCS

Skeptisch beobachtet Gaby Müller, wie die Schulklassen grösser werden und Gemeinden bei Integration und Förderkursen sparen. Die 36-Jährige hat auf dem zweiten Bildungsweg ein Jus-Studium abgeschlossen und weiss, wie wichtig es ist, dass der Staat allen gute Bildungsmöglichkeiten anbietet. Eine Zweiklassen-Gesellschaft, in der nur noch jene eine gute (Aus-)Bildung erhalten, die dafür bezahlen, ist der Grossrätin ein Graus, denn sie zerstört das Fundament, auf dem die Schweiz gebaut ist. Ebenfalls gefährlich für den Staat ist es, dass die Einbürgerungen ständig erschwert werden. Sie hofft, dass die Einbürgerungen bald fairer und einfacher werden.

Johannes Heeb



Mitgliedschaften > International Ecological Engineering Society, Energiekommission des Kantons Luzern, SVU, VCS, WWF, LMV

Nachhaltigkeit ist heute in aller Munde. Doch für Johannes Heeb, der von 1987 bis 1993 im Grossen Rat war, ist das kein Modewort. Es ist sein Alltag: Der 43-jährige Familienvater arbeitet als Berater im Bereich Nachhaltige Entwicklung – im Inland wie im Ausland. Bekannt wurde der Wolhusener mit dem Ökozentrum Schattweid. Auch die Idee des Tropicahouses in Ruswil – hier wird die Abwärme einer Kompressorstation der Gasleitung genutzt, um Südfrüchte anzubauen – ist auf seinem Mist gewachsen. Dieses Wissen und der Wille, nicht nur kurzfristige Politik zu machen, haben den Geografen bewegen zu kandidieren.

Adrian Borgula



Mitgliedschaften > Pro Natura, Greenpeace, WWF, Basler Appell gegen Gentechnologie, GSaA, LMV, VCS, vpod, Plattform Holz

Adrian Borgula (44) ist nicht nur in seinem Beruf Biologe, er ist es auch im Herzen: Von Kindsbeinen an setzt er sich für einen konsequenten Natur- und Umweltschutz ein. Der langjährige und vielseitige Grossrat will sich dafür engagieren, dass übers Energiesparen, mit einem Gentechverbot in der Landwirtschaft, mit kluger Raum- und Verkehrsplanung oder mit neuen Wildnisreservaten unsere Umwelt besser geschützt wird. Umwelt- und Naturschutz beginnt vor der eigenen Haustüre, erklärt der Inhaber eines eigenen Naturschutzbüros, hört aber dort nicht auf: Damit die Welt eine Zukunft hat, müssen die Ungerechtigkeiten im internationalen Handel aufhören. Nur wenn die ärmeren Länder eine Lebensperspektive erhalten, können auch die Gründe für die unzähligen Kriege auf dieser Welt ausgemerzt werden. Deshalb will sich der grüne Ständeratskandidat für eine konsequente Friedenspolitik der Schweiz stark machen.

Cyrrill Wiget



Mitgliedschaften > WWF, Pro Natura, Pro Pilatus, IG Velo, LMV, Greenpeace, VCS

Vom Theologen zum Kleinunternehmer: Diesen Schritt machte Cyrrill Wiget. Mit seinem Velogeschäft «Velociped» und seinem Bioladen und Café setzt er entgegen den neoliberalen Sprüchen seine Vorstellungen von Markt und Wirtschaft um. Er setzt einen Kontrapunkt zu einer Politik, die Grosse fördert und dafür Quartierläden oder Kleinunternehmen vernachlässigt. Im Krienser Einwohnerrat zeigt der 40-Jährige, wie die Agglomeration lebenswerter wird: geschichtsträchtige Gebäude erhalten und die letzten Grünflächen nicht überbauen! Mit verkehrsberuhigten Quartieren, mehr Grün und dem Erhalt von günstigem Wohnraum wird Lebensqualität geschaffen.

Christa Stocker



Mitgliedschaften > VCS, IG Velo, Pro Phalomba, Drogenforum Innerschweiz, Verein Jobdach, WWF, Universitätsverein Luzern

Im Grossen Stadtrat kennt man Christa Stocker als vielseitige und versierte Politikerin. Sie kennt sich aus in Bildungsfragen, engagiert sich in der Verkehrs-, Kultur- und Finanzpolitik. Die 40-jährige Ergotherapeutin kann nicht verstehen, dass bürgerliche Kreise die Verkehrspolitik mit der zweiten Gotthardröhre in die Sackgasse führen wollen. In ihrer Arbeit bei der IG Velo, aber auch im kantonalen und städtischen Parlament hat sie erfahren, was es bräuchte: bessere Angebote beim öV wie etwa «Avanti» für eine S-Bahn Luzern, sichere Velowege und attraktive Fussgängerzonen. Nur dank kundenfreundlichen Angeboten steigen Menschen auf Velo und öV um.

Liste 12

GRÜNES BÜNDNIS



[www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch)



**Jonas Aebi** > 18 | Luzern | Mittelschüler

«Das Bildungswesen darf nicht von Sparmassnahmen zerfressen werden.»



21 | Sursee | Studentin der Umweltnaturwiss. < **Felicia Mathis**

«Dank neuer Technologien wäre es möglich, den Stromverbrauch auf ein Minimum zu reduzieren.»



**Judit Abegg** > 18 | Horw | Mittelschülerin

«Für Konflikte müssen wir bedingungslos friedliche Lösungen suchen.»



24 | Luzern | Geografiestudent < **Andreas Schönbächler**

«Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die solidarisch für das Allgemeinwohl sorgt.»



**Jonas Ott** > 21 | Luzern | kaufm. Angestellter

«In keinem anderen Land Europas ist es so schwierig und teuer, eingebürgert zu werden wie in der Schweiz.»



27 | Horw | Familienfrau und Orthoptistin < **Karin Probst**

«Wir haben alle ein Recht auf gleiche Lebenschancen!»



**Flurina Egli** > 21 | Luzern | Germanistikstudentin

«Es stinkt zum Himmel und die Klimaerwärmung schreitet spürbar fort.»



23 | Inwil | Biologiestudent < **Marco Thoma**

«Die heutige Umweltpolitik ist Ausdruck politischen Versagens.»



**Christian Sager** > 22 | Hochdorf | Jus-Student

«Der Reichtum der einen darf nicht auf dem Buckel der anderen entstehen.»

## Liste 17

**JUNGE GRÜNE**

## Buchbesprechung

# «Grün gewinnt»

Philipp Federer, Mitglied kantonalen Vorstand GB, Luzern

Ein verheissungsvoller Buchtitel und klare Inhalte zur Energiepolitik – das verspricht das Buch von SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner. Der Autor spricht Klartext und kritisiert indirekt auch seine eigene Position zum Elektrizitätsmarktgesetz und zur laschen Energiepolitik seiner Partei. Grün gewinnt – hoffen wir, die Prophezeiungen erfüllen sich sowohl inhaltlich als auch politisch.

Das Buch ist gut lesbar, informativ und grafisch sauber gestaltet. Die linken Seiten enthalten zahlreiche Grafiken, Statistiken und Fotos. Auf der gegenüberliegenden Seite wird der Sachverhalt jeweils textlich erläutert und erklärt. Unterteilt ist das Buch in sieben Kapitel und dank seinem Aufbau als Nachschlagewerk geeignet.

In Teil 1 werden die Mythen der Erdölvorräte dargelegt, welche die Ölindustrie im eigenen Interesse produziert und auf diese Weise versucht, den Absatzmarkt zu beruhigen. Auf knapp 40 Seiten wird ersichtlich, dass der jährliche Ölverbrauch höher ist als die Neufunde. Die Zahl der Länder, welche rückläufige Förderzahlen aufweisen, hat drastisch zugenommen, ebenso die derjenigen Länder, welche ihre politischen Reserven hochschaukeln, nur damit sie mehr exportieren können, obwohl sie in Wirklichkeit weniger Öl besitzen. Dieses Kapitel ist auch im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg interessant.

Teil 2 berichtet über die Atomenergie und die kalkulierten Menschenopfer. Der Atomfanz verhindert den Ausstieg aus der unrentablen Energiegewinnung. So rechnet Rechsteiner nach, dass das AKW Leibstadt noch nie wirtschaftlich produziert hat. Die Versicherungspflicht von AKWs decken weniger als 1 % der Unfallkosten (Basis Tschernobyl). Den Rest müsste die Allgemeinheit bezahlen. Verglichen mit der Windenergie bezahlen die Windmüller eine höhere Versicherungsprämie als ein Atomkraftwerk, weil sie für alle Schäden eines Unfalls aufkommen, und nicht nur maximal eine Milliarde Franken zahlen für 8000 Mrd. Franken Schäden wie bei den Atomkraftwerken (Seite 56).

Neue Energien als Brücken zur Nachhaltigkeit werden in den Teilen 3, 4 und 5 besprochen. Besonders die Windenergie liefert erstaunli-

che Resultate: billiger und friedlicher als Erdöl, vor allem die Offshoreanlagen. Vergleichen wir die reinen Investitionskosten in Franken pro kW, so sind neue Atomreaktoren etwa viermal so teuer wie Windkraftwerke (Seite 51), zudem sind sie auch von den Betriebskosten her kostengünstiger. In deutschen Gewässern sind Windparkanlagen entsprechend der Leistung von 60 Atomkraftwerken projektiert. Den Atomausstieg in der Schweiz erläutert Rechsteiner in Teil 6 und die politische Arbeit in Teil 7.

Das Buch ist eine Fundgrube für die Argumentation grüner Initiativen, sei dies die abgelehnte nationale Initiative «Arbeit statt Energie besteuern», die Atomausstiegsinitiative oder die städtische Stromrappen-Initiative.

### Zukunftsweisende Energiepolitik

In seinem Buch beschreibt Rechsteiner auch die städtische Energiepolitik Basels, welche wir Grünen in Luzern einführen möchten. Bis dato haben die Bürgerlichen hier diese zukunftsweisende Politik verhindert. 1985 führte Basel eine Förderabgabe ein, welche 1999 zu einer Lenkungsabgabe erhöht und umgewandelt wurde. Ohne Atomstrom konnte Basel seine Stromkosten und den Stromkonsum, verglichen mit der übrigen Schweiz, um fast 20 % senken. Mittels Energiegesetz verbot Basel den Grossmengenrabatt. Haushalte mit kleinem Verbrauch bezahlen nicht mehr höhere kW-Preise als Energieverschwender. Mit den Erträgen fördert und verbilligt Basel bessere Fenster, Isolationen, Energie sparende Geräte und vieles mehr.

Leider sind im Buch auch kleinere Mängel zu finden. In einigen Grafiken sind nicht alle Kurven richtig benannt, und ein paar Jahreszahlen sind falsch oder gingen vergessen. Diese Schönheitsfehler sollten bei einer nächsten Auflage behoben werden. Das Buch ist – wie alle im RundBrief vorgestellten Titel – bei unserer Inserentin «Hirschmattbuchhandlung» erhältlich.



*Grün gewinnt,  
Rudolf Rechsteiner,  
orell füssli, Fr. 29.–*

## «Tiefere Einkommen gehen praktisch leer aus» Referendum gegen das Steuerpaket

Michael Töngi, RundBrief-Redaktion, Kriens

**Ruth Genner, Co-Präsidentin der Grünen Schweiz, sagt, weshalb die Grünen das Referendum gegen das Steuerpaket mittragen. Wichtiger Grund: Die neuen Steuergeschenke müssten mit Sparmassnahmen beim öV oder bei der AHV finanziert werden.**

*Die Grünen haben das Referendum gegen das Steuerpaket ergriffen. Haben Sie damit die Finanzpolitik als Wahlkampfthema entdeckt?*

**Ruth Genner:** Es geht im Rahmen des Steuerpaketes um ganz wesentliche Fragen des Staates und nicht einfach um die finanzpolitische Mechanik. Zum Beispiel stellt sich die Frage, ob Wohneigentümer gegenüber Mietern steuerrechtlich bevorzugt werden sollen. Grundsätzlich sind wir Grünen zwar für einen Systemwechsel, aber nur für einen «reinen». Das bedeutet, dass die Besteuerung des Eigenmietwertes wegfällt und dann auch keine Zinsen und noch Unterhaltskosten abgezogen werden dürfen. Das jetzige System fördert das Schuldenmachen, der Systemwechsel unterstützt das Zurückzahlen der Hypotheken.



*Laut Umfragen trauen die WählerInnen den Grünen im Umweltbereich viel zu, doch Wirtschafts- und Finanzkompetenzen werden ihnen kaum zugesprochen. Lohnt sich da der Einstieg in dieses Thema überhaupt?*

Mit unsinnigen Steuergeschenken kommt die Bundeskasse – und auch viele Kantone und Gemeinden – noch mehr in die roten Zahlen. Deshalb schnürte der Bundesrat das so genannte Entlastungspaket, ein riesiges Spar- und Abbauprogramm. Die Steuergeschenke an die Reichen und Wohneigentümer werden also mit Abstrichen beim öffentlichen Verkehr, bei der Förderung von Alternativernergie, bei der AHV, bei Behinderten, bei der Entwicklungshilfe und so fort bezahlt. Es bleibt uns Grünen keine Wahl, als uns gegen diesen Abbau der Mittel zu wehren.

*Könnte das Referendum nicht zum Bumerang werden?*

Schliesslich werden auch Familien entlastet – dies ist ja auch ein Ziel der Grünen. Das Steuerpaket entlastet die gut betuchten Familien,

tiefere Einkommen gehen praktisch leer aus, weil sie ohnehin nicht hohe Bundessteuern entrichten. Ausserdem wurde mit der Steuerrevision das rückständige System des Splittings für Ehepaare beschlossen. Wir Grünen haben uns immer für eine zivilstandsunabhängige Besteuerung ausgesprochen, weil diese allen Familienformen Rechnung tragen würde.

*Das Referendum wird vor allem von linksalternativen Parteien getragen, weshalb steht die SP abseits?*

Die SP hat beim Bürgerreferendum bis jetzt weggeschaut, weil sie sagt, dass die Kantone nun ja das Kantonsreferendum angekündigt hätten. Die Entscheidung, ob das Kantonsreferendum jeweils zu Stande kommt, liegt vielerorts bei den Parlamenten. Ich finde das ein zu riskantes Spiel. Wenn man das Entlastungspaket bekämpft, muss man gezwungenermassen auch das Steuerpaket versenken.

*Die Kantonsregierungen lehnen das Steuerpaket fast unisono ab. Hat der Wind in Sachen Steuer-senkungen gekehrt, oder ist das nur das alte Spiel «Kantone gegen den Bund»?*

Die Kantone kritisieren zuerst einmal die inkonsequente Finanzpolitik des Bundes: hier Steuern senken und da ein riesiges einschneidendes Sparpaket schnüren. Beim Steuersenkungs- wie beim Sparpaket trifft es auch die Kantone, die ihrerseits mit knappen Kassen haushalten müssen. Es ist logisch, dass sie sich wehren.



Sport und Strassentheater

# Erweitertes Sport- und Familienfest

Sekretariat GB Luzern, (Fotos: Alexandra Strauss, Greppen)

Am Sport- und Familienfest auf der Allmend trafen sich Klein und Gross, Fuss- und VolleyballspielerInnen, Sportliche und Unsportliche zu Spiel, Plauderei, Speis und Trank. Gegen Mittag wurden die Spiele durch Musik unterbrochen. Stellvertretend für die



beiden grünen Listen «Junge Grüne» (Liste 17) und «Grünes Bündnis» (Liste 12) spielten **Sebastian** (Didgeridoo) und **Jürg Aebi** (Saxophon) leise, aber klare Töne.

Die neue Co-Präsidentin **Rosa Rumi** eröffnete den Wahlkampf und rief alle zur tatkräftigen Unterstützung auf. Spitzenkandidatin und Chefin der grünen Bundesfraktion **Cécile**

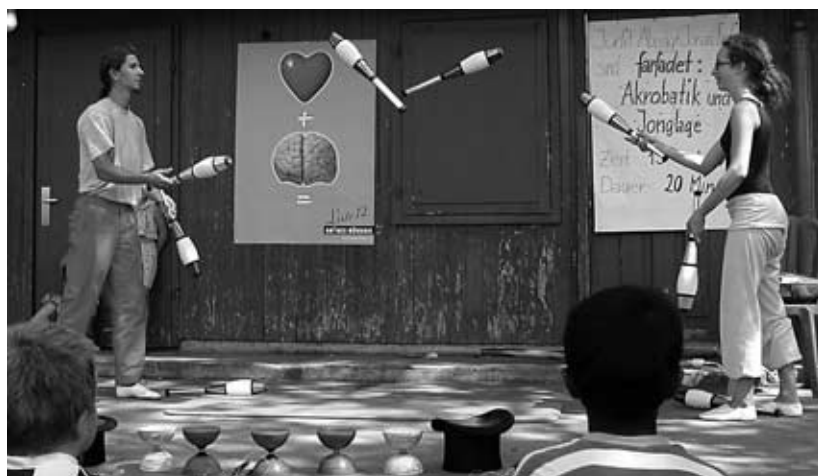


**Bühlmann** zeigte klar, dass es die Grünen für eine ökologische und solidarische Schweiz braucht. Während sie den Apéro eröffnete, legte Ständeratskandidat **Adrian Borgula** erste



Würste auf den Grill. Ein weiterer Höhepunkt des Tages waren die beiden Strassenkünstlerinnen **Judit Abegg** (Nationalratskandidatin) und **Jonas Egli** von der Gruppe **farfadet**. Sie erzählten und spielten jonglierend und mit Akrobatik die Erschaffung des Universums. In einer

zweiten Geschichte heirateten Kopf- und Handstand ([farfadet@gmx.ch](mailto:farfadet@gmx.ch)).



Das Fest war bestens organisiert von **Peter Lerch**, **Philipp Federer** und **Regula Schurtenberger**. Viele Helferinnen auf dem Rasen und rund um die Küche machten den Tag zum Erlebnis. Allen ein herzliches Dankeschön.

Ein grosses Dankeschön geht an folgende Restaurants: Restaurant Helvetia, Restaurant und Hotel Rebstock, Restaurant Neustadt, Restaurant La Perla, Regula von der Weinstube la bonne cave (die künftige Storchenwirtin!) sowie Henk von der Jazzkantine. Dank ihnen konnten auch dieses Jahr im Fussball- und Volleyballturnier schöne Preise vergeben werden. Wir können die genannten Lokalitäten wärmstens empfehlen.

## GB-Einbürgerungsinitiativen geben Weg vor Bundesgerichtsurteil jetzt umsetzen

Initiativkomitee «Fairness bei den Einbürgerungen»

An seiner letzten Sitzung hat das Initiativkomitee «Fairness bei den Einbürgerungen» die Situation nach dem Urteil des Bundesgerichts zur Einbürgerungsfrage diskutiert.

Das Komitee hält fest:

1. In den Augen des Initiativkomitees hat das Bundesgericht vernünftig geurteilt. Im Ergebnis wollen seine Entscheide – wie die Initiativen – die Diskussion um die Einbürgerungsfrage versachlichen.

2. Das Bundesgericht bestätigt insbesondere, dass das Einbürgerungsverfahren fair sein

4. Die Regierung muss nun unverzüglich ein neues Bürgerrechtsgesetz ausarbeiten, welches dafür sorgt, dass die Einbürgerungsverfahren in jeder Gemeinde dem Urteil des Bundesgerichts entsprechen.

5. Sollte diese Regelung mit den Forderungen der Initiativen «Fairness bei den Einbürgerungen» übereinstimmen, so wird das Initiativkomitee nach Zustandekommen des Gesetzes die Initiativen zurückziehen. Sicher werden die Initiativen aber aufrechterhalten, sollte gegen dieses neue Gesetz das Referendum ergriffen werden.

6. Der Regierungsrat und die einzelnen Gemeinderäte sollen dafür besorgt sein, dass jetzt nicht Einbürgerungsstopps verhängt werden. Insbesondere in Emmen besteht dazu kein Anlass: Dort ist das Verfahren völlig klar – der Einwohnerrat ist dort wieder die Instanz für Einbürgerungen. Dafür braucht es keinerlei Interpretationen des Urteils des Bundesgerichts und der Weisungen des Justizdepartementes. Das Initiativkomitee fordert den Regierungsrat auf, in Emmen dafür zu sorgen, dass der Einbürgerungsstopp per sofort aufgehoben wird.

7. Eines muss bei all diesen Diskussionen beachtet werden: Wer jetzt wieder von Einbürgerungsstopps spricht, macht dies einmal mehr auf dem Buckel der Einbürgerungswilligen. In diversen Gemeinden warten die AntragsstellerInnen jahrelang darauf, dass über ihre Gesuche entschieden wird – nachdem schon die Prüfung ihrer Gesuche viel Zeit beansprucht hat. Es wäre zynisch, wenn nach dieser Bundesgerichtsentscheid AusländerInnen noch länger auf ihre Einbürgerung warten müssten. Das Initiativkomitee fordert, dass Einbürgerungsverfahren zügig abgewickelt werden.

8. Das Initiativkomitee wehrt sich in aller Form gegen die Abqualifizierungen des Bundesgerichtes und gegen das Gerede vom «Richterstaat» und von der «Bevormundung des Bürgers».

muss, und stützt voll die Forderung der Initiative, dass nicht mehr an der Urne über einzelne Einbürgerungen entschieden wird. Das Initiativkomitee findet es aber – wie das Bundesgericht – aus demokratischen Gründen richtig, dass weiterhin die Stimmberechtigten über die Bestimmungen befinden, die das Einbürgerungsverfahren regeln.

3. Die zwei GB-Initiativen zeigen den Weg auf, wie die Entscheide sinnvoll umgesetzt werden können: Die Anwendung der Verfahrensregeln obliegt einer dafür geschaffenen Kommission. Und: Abgewiesene AntragstellerInnen haben die Möglichkeit, den Entscheid verbindlich überprüfen zu lassen.



## Opposition gegen Kantonsstrassenprojekt K 10

# Nein zur Vorlage Schwanderholzstutz

Adrian Borgula und Philipp Federer, Komitee «Nein zur hässlichen Stelzenstrasse»

Im Grossen Rat stellte sich das Grüne Bündnis als einzige Partei geschlossen gegen die Vorlage Schwanderholzstutz. Wir haben ein Gegenkomitee initiiert mit dem Namen «Komitee Nein zur hässlichen Stelzenstrasse». Fast ohne finanzielle Mittel versuchen wir hoffnungsvoll, die Verschleuderung der Steuergelder für hässliche und überrissene Strassenbauprojekte zu thematisieren.

In der Botschaft 142 an den Grossen Rat wird das Vorhaben für uns lustig verkauft. Die Projektziele (auf Seite 3 der Botschaft) lauten: «Massvolle Erneuerung» – wo?

«Umweltverträglicher Ausbau, der sich in die

Landschaft eingliedert» – ebenfalls wo und wie?

«ein Projekt, das die AnwohnerInnen vor den Verkehrsimmissionen schützt, natürliche Lebensräume bewahrt oder aufwertet» – die am meisten betroffenen AnwohnerInnen sind im Gegenkomitee!

### Abstimmungsparole

Kantonale Abstimmung 19. Oktober 03  
zum Sonderkredit «Neu- und Ausbau der  
Kantonsstrasse K 10, Schwanderholzstutz»

**NEIN**

## Ziele verfehlt! – So nicht!



Der Regierungsrat verkauft dieses Bauprojekt mit folgenden Zielen:  
Massvoll – Umweltverträglicher Ausbau – In die Landschaft eingegliedert – Bewahrt  
und werfet natürliche Lebensräume auf – Schützt Anwohner und Anwohnerinnen

### Komitee **NEIN** zur hässlichen Stelzenstrasse

Adrian Borgula Ständeratskandidat GB Luzern, Toni Bucher-Meier Rossei  
Wolhusen-Markt, Edith Gassmann Brem Wolhusen-Markt, Philipp Federer GB Luzern,  
Frey Vetter Wolhusen, Peter Beutler SP Meggen, Hugo Fessler VCS Luzern

**Die reale Alternative für Fundis, die fundamentale Alternative für Realos.**



Öffentliche Krankenkassen  
Schweiz

ÖKK  
Pilatusstrasse 28  
6002 Luzern  
Telefon 041- 227 77

**Jung und unkompliziert.**

## Familienergänzende Betreuung – Sprung nach vorn

# Familienpolitik in Bewegung

Agatha Fausch, Grossstadträtin, Luzern

**Fragen der familien- und schulergänzenden Betreuung sind in unserer Kleinstadt das Thema, bei dem sich Engagierte den Mund fusselig reden, Projekte lancieren, Umfragen starten, Vereine gründen, um nach zehn- oder zwanzigjährigem Engagement die Branche der nächsten oder übernächsten Elterngeneration mit guten Wünschen für besseren Erfolg zu übergeben.**

Mit diesem Eindruck habe ich als neu gewählte Grossstadträtin das Thema erneut und engagiert an die Hand genommen. Im Folgenden fasse ich einige Entwicklungen der vergangenen drei Jahre in Luzern zusammen. Ist noch immer Eiszeit oder ist – dank grünem Frühling – Tauwetter möglich?



### **Warum sind Krippen plötzlich in? Was hat sich verändert?**

In den Winterwochen 2000, zu Beginn der neuen Legislatur, reichten (fast) alle Fraktionen Vorstösse ein mit Fragen und Forderungen zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Dies geschah einzeln und – wohl erstmals – auch in verschiedenen Bündnissen. Ich verfasste für das GB eine umfassende Motion, in der ich verlangte, dass ein Bericht zur Planung, Koordination und Qualitätsförderung in der familienergänzenden Kinderbetreuung erstellt werde.

Die Sozial- und die Bildungsdirektion setzte sofort eine direktionsübergreifende Projektgruppe ein mit dem Auftrag, schon in einem Jahr einen ersten Zwischenbericht zur Planung und Koordination dieser Fragen vorzulegen. Bewirkte die Annahme der nationalrätlichen Motion von Jacqueline Fehr zur Förderung familienergänzender Kinderbetreuung den Stimmungsumschwung in dieser Frage? Auf der linken Ratsseite waren wohl alle überrascht, dass eine erste Beantwortung aller Vorstösse im Parlament eine Mehrheit fand. Der Stadtrat wurde beauftragt, im vorgeschlagenen Turbotempo Vorschläge auszuarbeiten für familienergänzende Betreuung für Vorschulkinder, aber auch für Schulkinder jeden Alters.

Rückblickend kann ich mit Bestimmtheit sagen, ohne die offenen Ohren und Herzen für diese Fragen in der Sozialdirektion und

ohne die kompetente und flexible Bearbeitung durch das zuständige Team wären alle Vorstösse, aber auch die Annahme im Grossstadtrat ausgebremst, schubladisiert oder verhindert und verpatzt worden.

### **Entstaubt und modernisiert**

Der letzte Bericht über die vorschulische Kinderbetreuung, den das Parlament im vergangenen Juni grossmehrheitlich angenommen hat, bedeutet einen eigentlichen Paradigmenwechsel. Wo bisher die fürsorgerische Aufgabe für benachteiligte Familien im Vordergrund stand, ist jetzt die Rede von einem möglichst zuverlässigen Dienstleistungsangebot für Eltern, die ganz oder teilzeitlich berufstätig sind und die ihre Kinder in den unbetreuten Stunden möglichst gut, aber auch familienkompatibel betreut haben möchten. Die Vorstellung, Kinderkrippen seien eine gemeinnützige Aufgabe für Bedürftige, hat endlich ausgedient.

Kindertagesstätten stehen heute vor ganz neuen Fragen. So wünschen sich junge Familien flexiblere Betreuungsangebote, eine Kinderkrippe, wo sie ihr Kind vielleicht zwei Tage pro Woche hinbringen können. Das bedeutet, dass die Wochentage in vielen Kindertagesstätten ganz unterschiedlich ausgelastet sind. Die Nachfrage nach Kinderbetreuung von Dienstag bis Donnerstag ist besonders gross; Montag und Freitag sind eher schwach besetzt. Die Tatsache, dass immer mehr junge Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub von vier Monaten wieder berufstätig sein wollen, führt zudem dazu, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Babys rapide angestiegen ist. Baby-Betreuungsplätze sind absolute Mangelware und besonders personalintensiv. Das stellt die Kinderkrippen vor neue Fragen der Personalplanung.

Die Stadt sucht flexible Formen der Zusammenarbeit mit Kinderkrippen verschiedener Trägerschaften. Konkret wird die Zusammenarbeit mit der Krippe Rössli Spiel geprüft. Im Gegensatz zur schulergänzenden Kinderbetreuung tritt die Stadt im Vorschulbereich nur als Geldgeberin auf. Hingegen engagiert sie sich in der Kinderkrippe Eichhörnli als Arbeitsgeberin. In Luzern wurde das Kinderkrippenwesen schon immer von privaten Ver-

einen, Stiftungen oder von Betrieben initiiert, gefördert und betrieben.

Die SOD arbeitet daran, Klarheit zu schaffen bezüglich Bewilligungs- und Aufsichtspflicht. Diese ist – gemäss eidgenössischer Pflegekinderverordnung – gesetzlich vorgeschrieben. Gegenwärtig werden Richtlinien erarbeitet und Qualitätsstandards festgelegt. Diese werden – zu einem späteren Zeitpunkt – vom Grossstadtrat verabschiedet und dann als verbindliche Basis ihre Gültigkeit haben.

### Reglemente und Tarife

Kann die Stadt mit ihrer neuen Politik im Fachbereich Kinderbetreuung/Vorschule die Bedürfnisse der Kinder, der Eltern und auch der anbietenden Institutionen alle erfüllen? Eine – vorläufige – Antwort auf diese Frage ist erst in etwa einem Jahr möglich, weil diese Politik zwar geplant, aber noch nicht umgesetzt ist. Was vorliegt und vom Stadtparlament im letzten Juni gutgeheissen wurde, sind die neuen Rechtsgrundlagen als Basis für die neue Politik. Erstmals hat das Parlament einen Rahmenkredit für den Fachbereich Kinderbetreuung/Vorschule beschlossen. Konkret wird für diesen Bereich ab 2004 doppelt so viel Geld als bisher, nämlich 1,4 Mio. Franken pro Jahr, zur Verfügung stehen.

Damit soll ein schrittweiser Ausbau des Betreuungsangebots finanziert werden, und die Elterntarife werden gesenkt. Luzern hat heute – verglichen mit anderen Schweizer Städten – die teuersten Krippentarife. Das soll sich nun ändern. Für Familien mit unteren und mittleren Einkommen werden die Tarife ab 2004 durchschnittlich um 25 Prozent sinken. Die Tarife für die subventionierten Plätze in Krippen werden weiterhin nach steuerbarem Einkommen abgestuft und neu zwischen 15 und 100 Franken liegen (bisher zwischen 25 und 85 Franken). Ferienabwesenheit oder ein Geschwisterrabatt können mit einberechnet werden.

### Turbo in der Familienpolitik?

Geplant ist eine Koordinationsstelle, die Eltern und Kindertagesstätten informiert, berät und koordiniert. Die Koordinationsstelle steht ihrerseits im Zusammenhang mit einem grösseren städtischen Projekt zur Organisation aller Aufgaben im Bereich Kinder, Jugend und Familie. Geplant ist, dass die Koordinationsstelle ihre Arbeit – als integrierter Fachbereich innerhalb eines grossen familienpolitischen Projekts – zu Gunsten von Kindern, Eltern und anbietenden Institutionen in zirka einem Jahr aufnehmen wird.

Ich habe den Schwerpunkt auf die Entwicklung von familienergänzender Betreuung im Vorschulalter gelegt. Hier stehen die Veränderungen kurz vor der konkreten Umsetzung. Gleichzeitig und im gleichen Tempo werden – als Teilprojekt 2 – in der Bildungsdirektion die Fragen familienergänzender Kinderbetreuung für Schulkinder bearbeitet und geplant. Endlich werden auch hier neue Betreuungsformen wie Tagesschule, Schule plus Betreuung und Schüler-Café diskutiert. Voraussichtlich Ende Jahr werden wir im Stadtparlament über den entsprechenden Bericht und Antrag debattieren. Bereits umgesetzt wurden die Erweiterung des Mittagstisch-Angebots und der Ferienhort, der nun während der ganzen Schulferien offen steht.

Ich habe während zwanzig Jahren Engagement für die Sache nicht so viel Veränderung erlebt wie in den vergangenen drei Jahren. Das ist sicher ein Verdienst von Ruedi Meier und der Rot-Grün-Mitte-Koalition.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH  
EDGAR UEBERSCHLAG  
ROBERTO CONCIATORI  
ARCHITEKTUR  
BAUÖKOLOGIE  
FLUHATTSTRASSE 2  
CH-6004 LUZERN  
TEL. 041-412 02 90  
FAX 041-412 02 91

## Die aktuelle soziale Lage in der Stadt Luzern

# Steuersenkung liegt nicht drin!

Ruedi Meier, Stadtrat, Luzern

Wirtschaftlich schlechte Zeiten treffen früher oder später auch die öffentlichen Haushalte, und dies meist gleich doppelt. Auf der einen Seite gehen die Steuereinnahmen – vorab der juristischen Personen – zurück, auf der andern Seite steigen die Sozialausgaben an. Diese Situation hat mittlerweile auch die Stadt Luzern erreicht.

Es kommt die gesellschaftliche Entwicklung der so genannten Desintegration dazu. Das heisst die Vereinsamung, der Verlust des persönlichen Umfelds und damit die Einbusse der Unterstützung durch Verwandte, Freundinnen und Freunde, Bekannte und Nachbarn.

Und für diverse Bevölkerungsgruppen, beispielsweise Familien mit Kindern, allein erziehende Mütter und Väter, besteht weiterhin die Gefahr des Abgleitens unter das Existenzminimum, d. h. die Gefahr der Verarmung.

### Wirtschaftliche Situation

Die Arbeitslosigkeit hat sich um über 50 % auf gegen 2000 Personen erhöht. In der Sozialhilfe steigen die Dossierzahlen auf gegen 1900 an. Dies sind rund 2800 betroffene Personen. Das Sozialamt ist gezwungen, sehr vielen Personen das Arbeitslosengeld zu bevorschussen, weil die Arbeitslosenkassen nur in den seltensten Fällen das Risiko und den administrativen Aufwand von Vorschusszahlungen übernehmen. Die Zahl der Ausgesteuerten nimmt zu und hat sich mit dem In-Kraft-Treten des Neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes Mitte 2003 noch verschärft. Aber auch die Zahl der LangzeitbezüglerInnen von wirtschaftlicher Sozialhilfe wächst wieder an.

### Gesellschaftliche Desintegration

Nebst den eher konjunkturbedingten sozialen Herausforderungen gibt die Entwicklung der sozialen Situation, der so genannte Prozess der Desintegration, zu Besorgnis Anlass. Sozialdirektion und Vormundschaft sehen sich gezwungen, immer mehr Mandate (jährliche Zuwachsrate 8 %) zu errichten: Betagte Personen, psychisch kranke Menschen sowie Ausgesteuerte, Langzeitbeziehende von Sozialhilfe und IV-Rentner und IV-Rentnerinnen,

die alleine sind und/oder auf Hilfe angewiesen sind. Die Schutzmassnahmen für Kinder und Jugendliche (jährliche Zuwachsrate 8 %) nehmen zu. Mittels Beistandschaften werden schwierige Familien- und Erziehungssituationen stabilisiert.

Mehr und mehr Leute werden durch IV-Renten unterstützt und brauchen zusätzliche Hilfe über die Vormundschaft oder über spezialisierte Institutionen. Die Angebote der Überlebenshilfe für gassennahe Menschen sind weiterhin sehr wichtig und müssen in gewissen Bereichen – Betreuung von Kindern drogenkranker Eltern (z. B. Projekt Paradiesgässli; Renten- und Einkommensverwaltung süchtiger Personen) ausgebaut werden. Weiterhin ist die Finanzierung der Angebote der in diesem Bereich tätigen Vereine Job-Dach und Kirchliche Gassenarbeit nicht stabil genug.

### Gegensteuer

Es ist schwierig, diesem Trend der sozialen Desintegration grundsätzlich etwas entgegenzusetzen. Mit einem Bündel von Massnahmen aber ist es möglich, diese Herausforderung zu bestehen und finanzierbar zu behalten. Dazu gehören u. a. die verbesserte Zusammenarbeit zwischen allen städtischen und privaten sozialen Institutionen und Organisationen sowie ein Ausbau der persönlichen Sozialhilfe mit Dienstleistungen (beispielsweise Renten- und Lohnverwaltung, Miete und KVG-Beiträge bezahlen), die helfen, die Selbstständigkeit der Betroffenen möglichst lange zu erhalten bzw. auf deren noch vorhandenen Kräften aufzubauen.

### Armutsrisiko

Nach wie vor ist es so, dass viele Menschen und Familien nahe an der Armutsgrenze leben müssen oder in beständiger Gefahr, darunter zu fallen. Viele sind bereits auf Unterstützung angewiesen. Besonders auffällig ist die zunehmende Zahl von (Gesuchen für) KVG-Prämienverbilligungen. In der Stadt Luzern sind bald 30 % der Einwohnerinnen und Einwohner auf die Verbilligung angewiesen. Dies selbst unter dem Gesichtspunkt, dass im Kanton Luzern im schweizerischen Vergleich die Bezugsberechtigung relativ zurückhaltend angesetzt ist.



Steigend sind auch die Unterstützungskosten für Betagte in Alters- und Pflegeheimen. Aber auch die Alimentenhilfefälle (Inkassohilfe, Bevorschussung) wachsen stetig an. Und auch die Zahlen der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende der Stadt Luzern (FAZ) erhöhen sich stetig.

**Konsequente Familienpolitik!**

Weiterhin zeigt sich auch, dass Kinderhaben ein Armutsrisiko ist. Wir brauchen darum eine solidarische Familienpolitik. Nebst aktualisierten Steuervorteilen und erhöhten Kinderzulagen gehören der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung dazu und natürlich und endlich die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Obwohl die Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Kantone, die Städte und Gemeinden sowie die Fachleute diesen Schritt unterstützen, weil sich damit Armut und Armutsrisiko massiv vermindern lassen, ist angesichts der Finanzlage des Bundes die Verwirklichung dieses prioritären sozialen Postulats gefährdet.

**Keine Steuersenkung!**

Einmal mehr zeigt sich die grosse Bedeutung und Wichtigkeit der sozialen Sicherungseinrichtungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Dies bedeutet, dass die Stadt Luzern ihre Finanzpolitik gegen innen und aussen auf die kommenden Herausforderungen ausrichten muss. Der Stadtrat hat vor diesem Hintergrund bereits deutlich gemacht, dass sich aus seiner Sicht keine weitere Steuersenkung verantworten lässt. Nur eine finanziell gesunde Stadt kann in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine soziale Stadt sein und im Interesse von Wirtschaft und Gewerbe eine Politik betreiben, die Arbeitsplätze zu erhalten hilft.



Gespräche zur Vorbereitung der Stadtratswahlen 04  
**Meier–Stämmer–Studer**

GB-Vorstand Stadt Luzern

Als erster Grüner wurde Ruedi Meier 1999 Stadtrat von Luzern. Damals bestand das Ziel von Rot-Grün-Mitte in der Eroberung eines zweiten linken Sitzes. Programmatische Abmachungen gab es keine. Der städtische Vorstand hat im letzten Halbjahr anhand von Stellungnahmen einzelner Mitglieder (vgl. Rundbrief 1/2003) über erfüllte und unerfüllte Erwartungen, über Leistungen und Verdienste, über Enttäuschungen und Fehlentscheidungen diskutiert. Dabei hat sich insbesondere gezeigt, dass Ruedi Meier nicht nur von links-grüner Seite geschätzt wird. Er gilt weit über die Stadt hinaus als kompetenter Vorsteher der Sozialdirektion. Sein politischer Horizont hört nicht beim Gartenzaun seines Departementes auf. Zurzeit laufen Gespräche zwischen Delegationen von GB, SP und der Gruppe um Urs W. Studer. Das GB setzt sich für eine Weiterführung dieser Koalition ein. Der bestehende grüne Sitz in der Stadtregierung soll gehalten werden. Zwischen GB, SP und Studer-Komitee soll es Absprachen zu inhaltlichen Kernpunk-

ten geben. Unter dem Motto «Luzern – offene Stadt im Gleichgewicht» stehen für den städtischen Vorstand Bildung, Integration, Kultur sowie eine ökologisch und sozial verträgliche Stadtentwicklung im Vordergrund. Erstrebenswert ist ein koordinierter Wahlauftritt, der Erreichtes hervorstreichen soll (vgl. Motto).



## Wahlveranstaltungen Ultimative Ausgangstipps

Donnerstag, 18. September:  
**LABA-Podium «Unsere AHV –  
gesichert in die Zukunft!»**

TeilnehmerInnen: Cécile Bühlmann, Ida Glanzmann (CVP), Otto Ineichen (FDP), Josef Kunz (SVP) und Hans Widmer (SP); Moderation: Louis Schelbert. Ort und Zeit: Hotel Anker, Luzern, 19.30 Uhr

Freitag, 19. September:  
**Film «Mais im Bundeshaus» und anschließende Diskussion zum Thema Gentechnologie**

DiskussionsteilnehmerInnen: Cécile Bühlmann, Rosmarie Dormann (CVP), Hans Wid-

mer (SP) und Josef Kunz (SVP). Ort und Zeit: Kino Pix, Luzern, 20.00 Uhr (Filmbeginn)

Samstag, 20. September:  
**Überparteiliches Podium «Frauen in der Politik, Frauen ins Bundeshaus»**

Unter der Leitung von alt Nationalrätin Judith Stamm diskutieren Cécile Bühlmann (GB), Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP), Rita Misteli (FDP) und Regula Roth-Koch (SP). Ort und Zeit: Rathaus Luzern, 10.30 bis 11.45 Uhr

Donnerstag, 25. September:  
**Ein Heimatabend**

Christine Weber unterhält sich mit Cécile Bühlmann, Luzius Hafen und weiteren Gästen aus Emmen zum Thema Heimat und Identität. Ort und Zeit: Bau 604, Emmenweid, Emmenbrücke, 20.00 Uhr

Freitag, 26. September:  
**Gründungsfest Ortsgruppe Willisau**  
Diskussion zum Thema «Finanzplatz Schweiz» mit Cécile Bühlmann, GB-Nationalrätin, Jules Rampini-Stadelmann, Theologe und Biobauer, Luthern, und Christian Sager, Nationalratskandidat Junge Grüne. Anschliessend Gründungsakt, Apéro und Konzert der Band «made in mind». Ort und Zeit: Jugendtreff Willisau, Ettiswilerstrasse, 20.00 Uhr

Samstag, 11. Oktober:  
**Grünes Kulturfest**  
Mit Live-Musik, Essen, Disco und Barbetrieb. Es spielen Ruedi Schmidigs Band BLUE MOOD und Adrian Borgulas (noch namenlose) vierköpfige Band. Ort und Zeit: Zwischenbühne Horw, ab 19.00 Uhr

Freitag, 17. Oktober:  
**Lesenacht**  
Cécile Bühlmann liest aus einem Buch vor. Zeit: noch unbekannt Ort: Boubaki-Panorama, Luzern

### stattkino

ab 18. Sept.	DAS ALPHORN	Stefan Schwietert
ab 2. Okt.	I SHOT ANDY WARHOL	Mary Harron
ab 2. Okt.	ABSOLUT WARHOLA	Stanislaw Mucha
am 6. Okt.	ULYSSES	Hans-Jürgen Syberberg
ab 9. Okt.	MALADIE DE LA MÉMOIRE	Richard Dindo
ab 9. Okt.	BLUE GATE CROSSING	Yee Chih-yen
ab 16. Okt.	HERR SCHMIDT UND HERR FRIEDRICH	Ulrike Franke + Michael Loeken
ab 23. Okt.	ITALIEN-ZYKLUS	Ermanno Olmi, Ettore Scola, Federico Fellini, Pier Paolo Pasolini

Stattkino  
im Panorama  
Luzern

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm [www.stattkino.ch](http://www.stattkino.ch)

## Der Stromrappen im Grossen Stadtrat

# Politische Winkelzüge

Mark Schmid, Sprecher des Initiativkomitees, Luzern

Vor der Sommerpause hat sich der Grosse Stadtrat erneut mit dem Anliegen Stromrappen auseinander gesetzt. Erneut deshalb, weil der Grosse Stadtrat schon im Jahr 2000 einmal das Volksanliegen ausgebrems hat, indem er es «sistiert» hat. Im Juni lag nun ein «Bericht und Antrag Stromrappen» vor. Der Stadtrat empfahl darin dem Parlament, das Initiativanliegen durch eine Lenkungsabgabe von 1 Rp. pro kW verbrauchtem Strom zu erfüllen. Die bürgerliche Mehrheit aus FDP, CVP und SVP des Grossen Stadtrats hat das Geschäft zurückgewiesen und ein weiteres Gutachten verlangt, um zu prüfen, ob es sich beim Stromrappen wirklich um eine Lenkungsabgabe handelt. Durch die Rückweisung wird die Abstimmung ein weiteres Mal auf die lange Bank geschoben. Dies, obwohl die Gemeindeordnung der Stadt den Stimmberechtigten verspricht, Initiativen innert eines Jahres zuhanden der Volksabstimmung zu behandeln.

Die politische Redlichkeit hätte es verlangt, dass die bürgerliche Mehrheit durch Ablehnung des Stadtratvorschlages den Weg freigemacht hätte für die Volksabstimmung über die Initiative, sind doch bereits fünf Jahre verstrichen seit der Einreichung der entscheidenden Unterschriften. Die Frage nochmals zu prüfen, ob die Abgabe auf Strom als Lenkungsabgabe durchgeht, ist insofern verwerfen, als die eidgenössische Vorlage im Jahr 2000 in derselben Sache offiziell als ENERGIELENKUNGSABGABE bezeichnet wurde.

### Der Stadtrat muss handeln

Eine staatsrechtliche Beschwerde gegen das Parlament wegen Verhinderung des Volksrechts auf Initiative hätte wohl Aussicht auf Erfolg. Das Initiativkomitee verzichtet trotzdem auf diese Beschwerde. Der Beschwerdeweg würde weitere Zeit beanspruchen und die

Verschleppung des Anliegens auch nicht rückgängig machen können. Es liegt nun am Stadtrat, die durch die Rückweisung geschaffene Situation raschmöglichst zu bereinigen:

- Es liegt bereits ein umfassendes Gutachten zur Initiative vor (Gutachten Rausch).
- Der von einzelnen Parlamentsmitgliedern bezweifelte Sachverhalt (Ist der Stromrappen wirklich eine Lenkungsabgabe?) stellt eine eingegrenzte juristische Frage dar, die innert weniger Wochen durch ein Gutachten geklärt werden kann.
- Noch in diesem Jahr muss es möglich sein, dass dem Parlament ein ergänzter Bericht und Antrag vorgelegt wird.

### Inhaltlich Stellung beziehen

Damit wären die Parlamentsmitglieder noch vor den Wahlen zum Stadtparlament in der Lage, inhaltlich zum Anliegen Stellung zu nehmen. Die Stimmberechtigten haben nämlich das Recht zu wissen, wie die Parlamentsmitglieder zur Förderung der erneuerbaren Energie und zur effizienten Energienutzung stehen. Sie werden zudem zur Kenntnis nehmen, ob die Parlamentsmitglieder der FDP, CVP und SVP wirklich die Umsetzung eines guten Anliegens optimieren wollten oder ob sie aus reiner Taktik das Recht auf Initiative wiederholt unterlaufen haben. Und nicht zuletzt werden wir auch überprüfen können, ob die Stadtratsmitglieder im Jahr vor den Wahlen der Versuchung erliegen, aus taktischen Gründen einer unendlichen Geschichte ein weiteres Kapitel anzufügen: indem sie den Gutachtern die Rolle der Filibuster zuschreiben.



### Abstimmungsparole des städtischen Vorstands

Städtische Abstimmung vom 19. Oktober 2003 über den Unterbaurechtsvertrag  
Liegenschaft Kreuzbuch

JA

## L2O-Präsidentschaft im Wahljahr in Horw Einwohnerratspräsident Jörg Stalder

Urs Steiger, L2O, Horw

Für die L2O war der 26. Juni 2003 ein ausserordentlicher Tag: An seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien wählte der Horwer Einwohnerrat Jörg Stalder, den Fraktionschef der L2O, zum Präsidenten für das Ratsjahr 2003/04. Die L2O kommt auf diese Weise in die Gunst, im Wahljahr den Einwohnerratspräsidenten zu stellen. Nach den erfolgreichen Gemeinderatswahlen war dies ein weiterer erfreulicher Anlass.

Mit Jörg Stalder stellt die L2O zum ersten Mal den Präsidenten des Einwohnerrats – dies, nachdem die L2O seit 17 Jahren in Horw politisch aktiv und seit 16 Jahren im Einwohnerrat vertreten ist. Mit der Wahl von Jörg Stalder zum Horwer Einwohnerratspräsidenten hat der Einwohnerrat nicht zuletzt die Rolle der L2O als dritte politische Kraft Horws gewürdigt, ein Rolle, die die Wählerinnen und Wähler der L2O bereits vor gut einem Jahrzehnt übertragen haben. Zwar hat die L2O die zeitliche Präsenz des LdU im Einwohnerrat nicht erreicht, doch vertritt sie den bisher grössten WählerInnenanteil, welchen die kleineren Parteien in Horw je erreicht haben.

Das Ergebnis der letzten Einwohnerratswahlen war denn auch ausschlaggebend, das Amt überhaupt anzustreben. Als kleinere Gruppierung ist es ja nicht selbstverständlich, die Belastung, die mit dem Präsidentenamt verbunden ist, auf sich zu nehmen. Das Fehlen einer Person beim Fussvolk des Rates wirkt sich weitaus stärker aus als bei grösseren Fraktionen. So gilt denn der Dank an Jörg Stalder dafür, dass er diese Aufgabe im vermutlich ereignisreichen Wahljahr übernimmt.

Dieses Amt gibt wie kein anderes der L2O die Gelegenheit, einen Beitrag zu einer anderen Politikultur zu leisten – ein Anliegen, welches seit Beginn der politischen Tätigkeit zentral war. Mit Jörg als Präsidenten ist die Hoffnung verbunden, dass Einwohnerratssitzungen in Horw nicht nur nach dem Kriterium «speditiv» abgewickelt wird, sondern dem politischen Diskurs mehr Zeit eingeräumt wird. Denn allzu oft wird in Horw dem eigentlichen Sinn eines Parlaments – die Dinge auszudiskutieren und sich die Argumente anzuhören und auszutauschen – wenig nachgelebt.



### L – 2 – O

Mit der Wahl von Jörg erhält auch der Name L2O eine besondere Auszeichnung. Dahinter verbirgt sich ja auch die Formel L – 2 – O, wobei «L» für die Lust an der Politik, zur Auseinandersetzung steht, mit «O» die Oppositionsrolle angesprochen wird und mit der «2» die Vertretung in zwei Räten, welche zu unserem politischen Programm gehört – ein Anspruch, der mit dem neuen Gemeinderatsamt und dem Einwohnerratspräsidium besonders schön erfüllt wird.

### Jörg Stalder – eine gute Wahl

Jörg Stalder ist seit Beginn der laufenden Legislaturperiode Mitglied des Einwohnerrates. Obwohl in diesem Sinne ein Newcomer, hat er sich bereits zum Routinier gemauert und leistet sowohl als Fraktionschef als auch (und besonders) in der Geschäftsprüfungskommission wichtige Arbeit. Mit seinen Kenntnissen als Architekt vertritt er auch fachmännisch die Anliegen der L2O bei den zahlreichen Baugeschäften.



Die L2O freut sich, dass Jörg sie ein Jahr lang bei den Horwerinnen und Horwern vertritt und repräsentiert. Die anderen Parteien können dabei auch ganz beruhigt sein, sollten sie genug von der L2O-Präsidentschaft bekommen – im Gegensatz zum Gemeinderat gilt beim Einwohnerrat traditionellerweise die Amtszeitbeschränkung.

## Horwer Gemeinderatswahlen vom Mai 2003

# Wiederansiedlung geglückt

Werner Bachmann, L2O, Horw

**Es ist unbestritten: Die Spezies Horwerensis der Sumpfschildkröten ist einerseits extrem angepasst an das Leben im Biotop und hat andererseits eine ungemein positive Wirkung auf das Biotop selbst. Dank ihrem dicken Panzer, der sie auch vor unkontrollierten Schlägen schützt, hat sie ein zähes Leben. So bleibt die kleine Population überlebensfähig und kann viele Fäulnisherde unter Kontrolle halten. Die Wiederansiedlung der spezifisch Horwerischen Sumpfschildkröte (sprich L2O) im Gemeinderat war und ist völlig auf diese Ziele ausgerichtet.**

Oskar Mathis hat sich erfreulicherweise auch im zweiten Wahlgang durchgesetzt, hat sogar dazugewonnen und ist am 18. Mai 2003 mit rund 2400 von 4170 Stimmen gewählt worden. Dieses Ergebnis hat die L2O mit einem sehr fairen Wahlkampf erreicht. Wir warben grundsätzlich nur mit den Qualifikationen und der Erfahrung unseres Kandidaten sowie mit der nötigen Vertretung auch der dritten grösseren Kraft in Horw (siehe Rundbriefe 2/03 und 4/03). Zusätzlich versuchten wir, mit einem möglichst breit abgestützten Komitee und guter grafischer Darstellung auch unentschlossene WählerInnen zu überzeugen. Das ist uns gelungen.

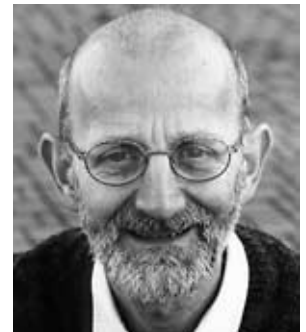
Ganz herzlich danken wir allen, die uns in unserem Wahlkampf unterstützt haben, vor allem natürlich den Horwer WählerInnen. Zusammen haben wir gezeigt, dass auch eine

relativ kleine Gruppierung mit beschränkten Mitteln klare Ziele erreichen kann. Allerdings braucht es dazu Leute, die sich das nötige Know-how erarbeitet haben und die nötige Zeit investieren. Dazu gehören auch einige, die sich zwar aus der offiziellen Politik zurückgezogen haben, aber innerhalb der L2O aktiv geblieben sind. Danke auch an euch!

### Viel Arbeit steht an

Unterdessen hat der neue Gemeinderat sein Amt per 1. August 2003 offiziell angetreten. Vorerst ist er allerdings am Sich-Einarbeiten und kann lediglich ein Pensum von 60 % leisten, muss er doch in «seinem» Kinderheim noch die Nachfolge regeln und den/die NachfolgerIn einarbeiten.

Bald schon stehen die Gesamterneuerungswahlen vor der Tür. Da wollen und müssen wir mit vollem Einsatz Oskar Mathis den Verbleib im Gemeinderat sichern. Es stehen also genügend Aufgaben an, und die Versachlichung der Gemeindepolitik durch den Einbezug aller relevanten Gruppierungen im Gemeinderat bleibt so aktuell wie immer. Auf dass der Horwer Sumpf im Gleichgewicht bleibe und möglichst angenehme Geruch(t)e verbreite!



### Schulpflege Horw

Rolf Fischer, Mitglied der L2O, ist vom Horwer Gemeinderat in stiller Wahl in die Schulpflege gewählt worden. Rolf Fischer ersetzt Oskar Mathis, der nach seiner Wahl zum Sozialvorsteher aus der Schulpflege austreten musste.

Wir gratulieren Rolf Fischer herzlich und wünschen ihm Freude für das neue Amt.



## Gründungsversammlung und Gründungsfest

# Politischer Frühling in Willisau

Martin Geiger, Ortsgruppe Willisau

Was lange währt, wird endlich gut. Der Gründung des GB Willisau stand nichts mehr im Wege. Am 3. September kam es im «Mohren» Willisau zur Gründungsversammlung. Am 26. September wird im Jugendraum Willisau die Gründung gefeiert. Gute Gründe, den Weg ins Luzerner Hinterland unter die Füsse zu nehmen. Wir hoffen auf regen Besuch und viele Gratulationen.

Mit dem Verlust unseres Grossratsitzes diesen Frühling wurde uns klar: Jetzt ist die Zeit gekommen, das Willisauer GB aus der Taufe zu heben. War das GB Amt Willisau bisher ordentlich erfolgreich tätig, sollen nun vor allem am Amtshauptort Stimmen gemacht und Ideen eingebracht werden. Allen voran Verena Kleeb, Esther Müller und Rosa Rumi machten die erste Gründung einer GB-Sektion im Luzerner Hinterland möglich. Am Mittwoch, den 3. September, wurde es wahr. Die Gründungsversammlung des GB Willisau begann um 20.00 Uhr im Gasthaus Mohren Willisau. Schön war, dass nicht nur Einheimische zugegen waren und wir freuten uns über Besucher sowie gute Glückwünsche auf dem neuen Weg.

Das GB Willisau will sich in erster Linie mit folgenden Themen beschäftigen:

- Schaffung eines Jugendleitbildes
- Siedlungsentwicklung

- Verkehrsplanung
- Neuorganisation der Gemeinde im Zusammenhang mit der Fusion von Willisau-Stadt und Willisau-Land.

### Gründungsfest am 26. September im Jugendraum Willisau

Nach der eher trockenen Gründungsversammlung vom 3. September feiern wir am 26. September die Geburt des GB Willisau. Im Jugendraum bei der Team by WelliS (forum) findet ein abwechslungsreiches Gründungsfest statt.

#### 20.00 Uhr Diskussion zum Thema

Schweiz – Finanzplatz für Abzocker  
Schweiz – Paradies für Abzocker  
Wohin fließen die Gelder?

Der Theologe und Biobauer Jules Rampini-Stadelmann (im Vorstand von Finanzplatz Schweiz) leitet das Gespräch ein. Im Folgenden sollen möglichst viele Anwesende am Gespräch teilnehmen. Rosa Rumi leitet die Diskussion.

#### 21.30 Uhr Gründungsakt und Anstossen!

22.00 Uhr Öffentliches Konzert von «made in mind» unplugged.

### CasaConsult

R. Fankhauser & L. Theiler  
das andere Immobilienbüro

Wir beraten Sie gut, verwalten oder verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen Bedingungen nach Grundsätzen des Hausvereins. Wir haben immer interessante Angebote.

Postfach 391, 3000 Bern 7, 031 312 95 14  
[www.casaconsult.ch](http://www.casaconsult.ch)

### Englischferien

[www.english-on-dartmoor.com](http://www.english-on-dartmoor.com)  
in einem Landhaus in Devon (S-W-England)

Am Morgen jeweils individueller Englischunterricht.

Am Nachmittag: walks, talks and visits  
im Dartmoor, an der Westküste von Devon,  
in den malerischen Ortschaften der Gegend.

Du lebst in Tinavor Cottage in Aish  
am Südrand des Dartmoors.  
Das Essen ist vegetarisch.  
Das Mindestalter: 22 Jahre.

Auskünfte und Anmeldungen bei  
Lynn Rawlinson  
[Lynn@english-on-dartmoor.com](mailto:Lynn@english-on-dartmoor.com)  
Telefon: 0044 1364 73117

## Gemeinderatswahlen in Emmen

# Luzius Hafen: «Emmen hat Zukunft!»

Lucia Amberg, ehemalige Einwohnerrätin von Emmen, Aarau

**Luzius Hafen** kandidiert in Emmen für den Gemeinderat, nachdem der bisherige Finanzdirektor zurückgetreten ist. Er ist 39-jährig, verheiratet, Vater einer Tochter und lebt seit gut 13 Jahren in der Gemeinde. Luzius vertritt das Grüne Bündnis im Emmer Einwohnerrat seit 2001. Er arbeitet als selbständiger Rechtsanwalt in Zürich. An einem lauen Sommerabend hat er einer weggezogenen Emmerin die Motivation für seine Kandidatur und seine Visionen für Emmen erläutert.

*Was motiviert dich für die Gemeinderatskandidatur?*

Es stört mich, dass heute in Emmen erfolgreich Politik gemacht werden kann, indem vorhandene Ängste und Verunsicherungen geschürt und genährt werden. Doch seit kurzem spüre ich auch eine Aufbruchstimmung. In der Stadt Emmen wohnen viele engagierte Menschen, die leider von der Medienöffentlichkeit kaum wahrgenommen werden. Ich möchte diesem «anderen» Emmen eine Stimme geben. Was meine persönliche Motivation betrifft: Ich bin politisch aktiv, seit ich hier wohne. Dieses Engagement hat mir bisher immer Freude bereitet, nun reizt mich die Möglichkeit zu einer verstärkten Mitsprache und Mitgestaltung.

*Wo liegen deines Erachtens die grössten Entwicklungschancen für Emmen? Wo die grössten Risiken?*

Ein grosses Potenzial von Emmen sehe ich in den vielen Spannungsfeldern: Stadt – Land, verschiedene Kulturen, vielgestaltige Siedlungsformen usw. Ein gelungener Umgang mit diesen Spannungsfeldern könnte wegweisend sein für andere Städte. Insbesondere könnten die Ressourcen von Wissen und Können der verschiedenen hier lebenden Kulturen erschlossen und genutzt werden. Und eine ganz konkrete Entwicklungschance: Mit dem ehemaligen Industriegebiet Emmenweid verfügt Emmen über das Entwicklungsgebiet für Kultur, Wohnen und Arbeiten in der Region Luzern schlechthin. Grösste Risiken für Emmen? Wenn die Zukunft von Emmen weggespart wird, wenn sich ein Rechtsrutsch bei den Gemeinderatswahlen ergibt

und sich dadurch die allgemeine Abwehrhaltung zementiert.

*Mir fällt auf, dass du oft von der «Stadt» Emmen sprichst. Warum?*

Emmen ist nicht nur von der Einwohnerzahl her schon lange eine Stadt. Emmen bietet auch städtische Möglichkeiten und hat städtische Probleme. Mit einem «dörflichen» Ansatz können diese städtischen Herausforderungen nicht gemeistert werden.

*Du selber bist, streng genommen, Beispiel einer gelungenen Integration: Ostschweizer mit unverkennbarem Dialekt, in Emmen wohnhaft erst seit 1990. Was hat deine Integration besonders gefördert?*

Ich habe das Glück gehabt – unter anderem durch das GB – schnell gute Leute kennen zu lernen, das hat vieles erleichtert. Zudem hatte ich von Anfang an das Gefühl, dass das Meierhöfli-Quartier, in dem wir mehr durch Zufall (WOGENO-Haus) gelandet waren, mit seinen vielen Gegensätzen ein spannendes Quartier sei. Daneben war sicherlich auch wichtig, dass ich durch das Teilen der Familien- und Erwerbsarbeit mit meiner Partnerin oft zu Hause war und den Menschen im Quartier im Alltag begegnet bin.

*Was würde sich konkret verändert haben nach zehn Jahren Gemeinderat Hafen?*

Meine Vision ist, dass sich die Lebensqualität deutlich verbessert hat, Emmen vom Durchgangsverkehr entlastet ist, dass es attraktive Plätze, Begegnungsorte und lebendige Quartiere gibt. Kurz, dass die «Charta Emmen», das Strategiepapier zur Stadtentwicklung, schon in wesentlichen Teilen umgesetzt ist. Die negativen Schlagzeilen sind passé und es gibt eine nicht unwesentliche Zahl von Leuten, die unbedingt in die Stadt Emmen ziehen möchten.



## Rosa Rumi, neue Co-Präsidentin «Wir müssen Themen setzen»

Michael Töngi, RundBrief-Redaktion, Kriens

**Rosa Rumi wurde an der GV des Grünen Bündnisses Ende Juni zur Co-Präsidentin des Grünen Bündnisses Kanton Luzern gewählt. Im Gespräch erklärt sie, weshalb es grüne PolitikerInnen auf der Landschaft härter haben und wie das Grüne Bündnis vermehrt ins Gespräch kommen soll.**

*Was heisst für dich grüne Politik?*

Rosa Rumi: Grüne Politik steht für mich zuerst für eine Grundhaltung, die viel Zivilisations- und Gesellschaftskritik beinhaltet. Wir sind gegen einen technischen Machbarkeitswahn, der einen Ressourcenverschleiss mit sich bringt, und gegen Machtstrukturen, die sich in einem neoliberalen Sinn über demokratische Regeln hinwegsetzen. Diese Machtstrukturen werden ja auch von neuen Bewegungen wie Attac angegriffen. Daneben gibt es als anderes Standbein aber auch die Zivilisationsverteidigung: Das heisst, wir setzen uns ein für Menschenrechte, für weltweite Gerechtigkeit und fordern, dass sich die Migrationspolitik an Menschenrechten orientieren soll statt an populistischen Sprüchen. In den Punkten Zivilisationskritik und dem heutigen Ressourcenverschleiss unterscheiden wir uns am deutlichsten von der SP.



*Du sprachst von Attac, sollten wir mit dieser oder ähnlichen Organisationen näher zusammenarbeiten?*

Wir müssen auf jeden Fall dort zusammenarbeiten, wo wir Berührungspunkte haben. Wir sind diejenige politische Organisation, die diesen Organisationen am nächsten steht.

*Zivilisationskritik ist ein interessantes Thema, was heisst das für die praktische politische Arbeit?*  
Das alles ist natürlich der Hintergrund, um pragmatische und praktische Politik in den Parlamenten zu leisten. In der Realpolitik ist alles viel kleinkrämerischer und auch nicht immer attraktiv.

*Auch zu wenig attraktiv, um auf der Landschaft mitzuarbeiten? Dort verlieren wir an Stärke.*  
Diese Zivilisationskritik appelliert natürlich nicht nur an die politische Inhalte, sondern auch an den Lebensstil oder das Konsumver-

halten jedes Einzelnen. Der appellative Charakter macht es auf dem Land vielen Leuten schwerer als in der anonymen Stadt, sich als Grüne zu bekennen, weil sie schnell das Gefühl bekommen, dass sie an diesen Massstäben gemessen und kontrolliert werden. Viele Leute halten das nicht aus und ziehen vom Land fort, das merken wir auch im Amt Willisau, hier ziehen immer wieder engagierte Grüne Richtung Stadt Luzern.

*Heisst das, dass dieser appellative Charakter der grünen Politik im Grundsatz falsch ist?*

Nein, an sich ist er sicher richtig. Dieser Grundsatz ist implizit in grüner Politik enthalten, und ich glaube nicht, dass wir unsere Botschaften missionarisch verkünden. Im Gegenteil, wir üben uns hier oft in Understatement, weil wir nicht als missionarische «Chörnlipicker» daherkommen wollen.

*Wir haben jetzt von gesellschaftlichen Unterschieden zwischen Landschaft und Agglomeration gesprochen, gibt es auch sachpolitische Unterschiede?*

Nein, innerhalb der Grünen gibts thematisch keine Stadt-Land-Differenz. Das Thema öV ist zum Beispiel auf dem Land noch wichtiger als in der Stadt. Der einzige Unterschied ist vielleicht, dass das Denken für die Randregionen bei uns ausgeprägter ist und wir sensibilisierter für solche Forderungen sind. Diese waren aber beispielsweise in unserer «agglomeration und stadtlastigen» Grünen-Fraktion nie umstritten und wurden immer unterstützt.

*Weshalb ist es dann schwieriger, auf der Landschaft neue grüne Mitglieder zu finden?*

Das hängt viel weniger mit politischen Inhalten zusammen als vielmehr mit der sozialen Situation. Auf dem Land, wo sich alle persönlich kennen, will man eher integriert sein, z. B. auch in das politische Leben eines Dorfes. Als Grüne ist man in einer Gemeinde kaltgestellt, weil man weder in eine Schulpflege noch in eine Kommission, geschweige denn in einen Gemeinderat gewählt wird. Natürlich, man kann an einer Gemeindeversammlung als Bürgerin etwas sagen, man muss das aber oft ganz alleine tun, was viel Zivilcourage braucht.

*Heisst das, dass man die Landschaft den bürgerlichen Parteien überlassen muss?*

Nein, sicher nicht. Das wollen ganz viele Menschen nicht. Ich habe das auch an den Rückmeldungen gemerkt, als unser Sitz im Amt Willisau verloren ging. Auch bürgerliche Behördenvertreter finden es ganz wichtig, dass es grüne Politik auf dem Land gibt. Solche Rückmeldungen sind für mich sehr verpflichtend zum Weitermachen.

*Hast du einen Tipp, wie das GB auf der Landschaft attraktiver werden kann?*

Die konkreten Rezepte fehlen mir. Ganz wichtig ist, dass wir künftig Gruppierungen auf dem Land stärker unterstützen. Wir in Willisau sind froh um die Eigenständigkeit, doch eine vermehrte Anbindung und Auseinandersetzung wäre für jene, die politisch tätig sind, sinnvoll und hilfreich.

*Du bist unsere neue Co-Präsidentin, welche Ziele hast du dir gesetzt?*

Ich will auf zwei Sachen ein besonderes Augenmerk haben: Zum einen möchte ich die Diskussion und Auseinandersetzung nach innen fördern.

*Was heisst das?*

Diskussionen führen, Arbeitsgruppen unterstützen, die thematischen Inhalte bearbeiten und diese innerhalb des GB oder einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren, wie es etwa die Frauengruppe mit der Stammzellenforschung gemacht hat. Diese Gruppen sollen ermuntert werden, ihre Diskussionen breiter zugänglich zu machen.

*Und dein zweites Ziel?*

Der zweite Punkt ist die Medienarbeit. Ich bin überzeugt, dass wir unsere Themen viel mehr an die Öffentlichkeit bringen müssen. In persönlichen Gesprächen auf dem Land merke ich oft, wie gerade bei den Einbürgerungen unser Standpunkt kaum bekannt ist. Da nehmen es Leute in Kauf, dass sie über Fragen, die sie tagtäglich betreffen, nicht abstimmen können, weil diese Dinge in einem Gemeindeverband ohne Mitspracherecht abgehandelt werden, aber genau bei den Einbürgerungen wird auf der direkten Demokratie beharrt. Wir haben hier die Antworten. Wir müssen Themen setzen und den Diskurs mitbestimmen, wie es heute die SVP tut.

*Haben wir denn diese Themen und Thesen, um einen Diskurs zu bestimmen?*

Ja, klar, unsere Einbürgerungsinitiativen zeigen, dass wir hier die Leader sind und gute und konstruktive Lösungen aufzeigen, man sieht es auch im Bereich Mobilität, wir haben hier zukunftsgerichtete Konzepte. Ein wei-

teres Beispiel ist die Altersvorsorge, die Idee, eine Energiesteuer für die Finanzierung der AHV einzusetzen. Das wird momentan in der Vorsorgediskussion verschwiegen, es ist aber ein Thema, das jetzt wieder kommen muss.

*Dieser Präsidentinnenposten bringt vor allem viel Arbeit, wie konntest du dich dafür motivieren?*

Ich war immer jemand, die sich gerne offensiv einmischt. Nach der Grossratszeit habe ich mir gut überlegt, ob ich es mir gemütlich machen soll, es ist so, dass mich das Privat- und das Berufsleben durchaus ausfüllen. Aber ich merke, dass ich auch im politischen Bereich etwas machen muss, die Herausforderung reizt mich, obwohl ich vor den neuen Aufgaben auch Respekt habe.



**Zur Person**

Rosa Rumi, 48 Jahre, ist von Beruf Psychologin und arbeitet in Sursee. Sie wohnt in Alberswil, ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. Nachdem bei den Grossratswahlen ihr Sitz an die SP verloren ging, hat die engagierte Politikerin nicht resigniert: Sie übernimmt die lang verwaiste Hälfte des Co-Präsidiums neben Roni Vonmoos.

## Grünes Bündnis Luzern Der neue Vorstand

Der neue Vorstand hat sich am 25. Juni zu seiner ersten Sitzung getroffen. Er legt die politischen Linien und Schwerpunkte des Grünen Bündnisses und dessen Strategien fest. Seine Mitglieder übernehmen Ressorts.

Für den operativen Bereich ist neu die Geschäftsleitung zuständig, bestehend aus Co-Präsidium, Finanzcontrolling und Sekretariat.

### Vorstandsmitglieder

Rosa Rumi, Roni Vonmoos, Claudia Schnieper, Peter Lerch, Louis Schelbert, Michael Töngi, Christoph Meyer, Heidi Rebsamen, Katharina Hubacher, Gaby Müller, Philipp Federer

### Geschäftsleitung

Roni Vonmoos und Rosa Rumi (Co-Präsidium), Philipp Federer (Finanzcontrolling), Maria Portmann-Huwiler und Natalie Kamber (Sekretariat)



*V.l.n.r.: Maria Portmann-Huwiler, Katharina Hubacher, Rosa Rumi, Peter Lerch, Heidi Rebsamen, Natalie Kamber, Philipp Federer, Roni Vonmoos (Foto: Heinz Bähler)*



Die Idee  
von Ihnen

Das Holz  
aus der Region

Die Qualität  
vom Schreiner

Stefan Suhner  
Möbelschreinerei  
Rösslimattweg 8  
6005 Luzern  
Telefon 041 360 82 83

### Die schöne Aubergine


Die schöne Aubergine kam in der Limusine auf den Gemüseball. «Was für eine Wucht, diese Eierfrucht,» flüsterte man überall.

Noch können wir in den herrlichen Sommergemüsen schwelgen, den schönen Auberginen, den saftigen Freilandtomaten, Zucchini, Peperoni und grünen Bohnen. Schwelgen Sie mit uns in der

### KOSTGEBEREI.

Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag über Mittag. Übrige Zeit für Gruppen auf Anfrage.

Kostgeberei  
Ulmenstrasse 14, 6003 Luzern, 041 360 34 13



**PATRICK STEINER**  
PARKETTARBEITEN  
MALERARBEITEN  
NATURFARBEN

BÜRGENSTR. 34/36  
6005 LUZERN  
TEL. 079 650 79 42



Die Stadtzürcher SVP-Initiative «Einbürgerungen durchs Volk an der Urne» ist ungültig. Nebst der Ungültigkeit ist sie schlichtweg nicht durchführbar. Jährlich 600 bis 1000 Einbürgerungsgesuche dem Stimmvolk zu unterbreiten wäre eine Überforderung, würde **Schreibkrämpfe verursachen, gebrochene Fingernägel und wunde Finger ...** Haben nicht letzten Frühling das Volk und die Parteien geklagt, neun nationale Vorlagen seien eine Zumutung?! Die SVP kümmert sich jedoch nicht um das leidende Volk, das ist ihr wurst. Lieber kommt sie auf den Hund. So schreibt sie: «Das Bundesgericht gibt mit seinem Entscheid all den vaterlandslosen und heimatmüden Zeitgenossen Recht, die eine Einbürgerung dem Erwerb einer Hundemarke gleichsetzen.» Kläff, kläff oder wau, wau – nur Kampfhunde habe eine solche Hundefantasie.

«Die CVP ist die einzige Partei, die sich öffentlich zu Werten bekennt ...», meint Bundesrätin Ruth Metzler (Neue LZ, 14.8.03). Etwas anders sieht dies alt Regierungsrat Klaus Fellmann, **der sich über den Rechtsrutsch seiner Partei ärgert** und im Blick mit seinem Parteiaustritt droht (Neue LZ, 16.8.03). Für ihn setzt sich die CVP zu wenig ein für den Service public (Post und öffentlicher Verkehr) und gegen das asoziale Steuerpaket. Jetzt folgt nicht nur unser öffentliches Bekenntnis, dass wir Grünen uns für Werte einsetzen, sondern der Ex-Parteipräsident und Ex-Regierungsrat der CVP selber stellt uns dieses Zeugnis aus. Den Tatbeweis liefern wir mit unserem Steuerreferendum, mit unserem Einsatz für den Service public und mit unserer Forderung nach höheren Kinderzulagen, als es die CVP fordert.

Da war einmal eine Vision. Die Vorstellung von weniger Strassenverkehrsunfällen wurde mit sechzig möglichen und unmöglichen Massnahmen angereichert und als «Vision zéro» verkauft. Schnelle Roller auf Autobahnen, die höchstens 80 km/h fahren dürfen, bringen keine Vorteile, sondern werden zu einem Verkehrshindernis. Diese eine theoretische Massnahme diente gewissen Verbänden und Zeitungen zur Schelte eines grünen Phantoms. Realität ist: Bundesämter haben diese Vision kreiert und **Politiker fördern** in der Praxis die **Crash-geilen Jugendlichen** – junge Fahrer verunfallen am meisten – mit neuen Bestimmungen, so z. B. mit Töffs und plombierten Autos ab 16 Jahren.

## Impressum

### Herausgeber

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,  
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5  
Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Redaktion

Heinz Bäbler-Trinkler, Jürg Aebi,  
Maria Portmann-Huwiler, Natalie Kamber

### Korrektorat

Nina Ceresa

### Inserate

Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Konzept und Gestaltung

Marcel Gasser, Neustadtstr. 26, 6003 Luzern  
Tel. 041-360 52 52, Fax 041-362 22 37

### Druck

Gegendruck, Neustadtstr. 26, 6004 Luzern  
Tel. 041-360 82 70, Fax 041-362 22 37

### Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1550 Exemplare

### Abonnement

Ein Jahr Fr. 20.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

### Redaktionsschluss

RundBrief 6/2003, 18. Oktober 2003

# Rundbrief

## Agenda

### September

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Do 18.	19.30	<b>LABA-Podium «Unsere AHV – gesichert in die Zukunft!»</b> Mit Cécile Bühlmann, Ida Glanzmann (CVP), Otto Ineichen (FDP), Josef Kunz (SVP) und Hans Widmer (SP); Moderation: Louis Schelbert; Hotel Anker, Luzern
Fr 19.	20.00	<b>Film «Mais im Bundeshaus»</b> , Kino Pix, Luzern, anschliessend Podiumsdiskussion, Thema Gentechnologie, mit den Nationalrätinnen Cécile Bühlmann (GB), Rosmarie Dormann (CVP), Hans Widmer (SP) und Josef Kunz (SVP)
Sa 20.	10.30	<b>Überparteiliches Podium «Frauen in der Politik, Frauen ins Bundeshaus»</b> , Rathaus Luzern
Sa 20.	09.00	<b>Standaktion Emmen</b> , Sonnenplatz, Emmenbrücke
Sa 20.	10.00	<b>Standaktion Hochdorf</b> , im Dorf
Mo 22.	20.10	<b>Städtischer Vorstand</b> , Stadthaus
Do 25.	20.00	<b>Ein Heimatabend:</b> Christine Weber unterhält sich mit Cécile Bühlmann, Luzius Hafen und Gästen aus Emmen, Thema Heimat und Identität; Bau 604, Emmenweid, Emmenbrücke
Fr 26.	20.00	<b>Gründungsfest Ortsgruppe Willisau</b> , Diskussion, Thema Finanzplatz Schweiz, mit Cécile Bühlmann, Nationalrätin GB, Jules Rampini-Stadelmann, Theologe und Biobauer und Christian Sager, Nationalratskandidat der Jungen Grünen. Ab 22.00 Uhr Konzert der Band «made in mind»; Jugendtreff Willisau, Ettiswilerstrasse
Sa 27.	09.00	<b>Standaktion Sursee</b> , Bahnhof-/Kyburgerstrasse beim Coop
Sa 27.	11.00	<b>Standaktion Sempach</b> , voraussichtlich bei der Zehntenschneue

# Rundbrief

## Agenda

### Oktober

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Sa 11.	19.00	<b>Kulturfest</b> mit Live-Musik, Essen, Disco und Barbetrieb, Zwischenbühne Horw
Fr 17.	17.00	<b>Lesenacht mit Cécile Bühlmann</b> , Bourbaki-Panorama, Luzern
So 19.	17.00	National- und Ständeratswahlen sowie eidg. Abstimmungen
Mo 20.	20.10	<b>Grüner Treffpunkt «Neustädtli»</b> , Neustadtstrasse 21, Luzern
		<b>Städtischer Vorstand</b> , Sekretariat GB, Luzern

### November

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Mo 3.	20.10	<b>Städtischer Vorstand</b> , Ort wird noch bekannt gegeben